

WERNER ABELSHAUSER

KRIEGSWIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTSWUNDER

Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten
Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit

Die Erforschung der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft nahm ihren Anfang, noch bevor das Dritte Reich vollends untergegangen war. Im März 1945 – anglo-amerikanische Truppen setzten gerade zur Eroberung des Ruhrgebiets an – begann die US-Luftwaffe Bilanz zu ziehen. Sie berief eine Gruppe von Wirtschaftsfachleuten, um die Auswirkungen des strategischen Bombenkriegs auf die deutsche Rüstungswirtschaft zu messen: Der United States Strategic Bombing Survey (USSBS) entstand¹. Vordergründig ging es dabei um die Lehren, die aus den deutschen Erfahrungen für den noch anhaltenden Krieg im Fernen Osten gezogen werden mußten. Tatsächlich wollte die US-Luftwaffe schon jetzt ihren Anteil am Sieg dokumentieren. Unter der Leitung von John K. Galbraith versammelte sich in Bad Nauheim ein Team jüngerer Wissenschaftler, deren Namen sich wie Auszüge aus dem „Adelsregister der kommenden Ökonomen-Generation“² lesen. Die Gruppe verfügte über die ausgelagerten Bestände des Statistischen Reichsamts, dessen „statistische Schnellberichte zur Kriegsproduktion“ bis zuletzt die Anstrengungen der deutschen Industrie dokumentierten, mit den Anforderungen des Krieges Schritt zu halten. Einen geeigneten Interpreten fand man in dem Leiter der Industrieabteilung des Instituts für Konjunkturforschung, Rolf Wagenführ, der diese Statistik für Albert Speers Planungsamt bearbeitet hatte³. Unter diesen günstigen Rahmenbedingungen gelang es dem Team nicht nur, das Ausmaß der Verluste, die die deutsche Kriegswirtschaft im Bom-

¹ Vgl. USSBS, *The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy*, October 1945. Insgesamt: USSBS, 10 Bde, hrsg. v. David MacIsaac, New York/London 1976.

² U. a. Burton H. Klein (California Institute for Technology), Nicholas Kaldor (Kings College, Cambridge), Ernst Friedrich Schumacher („Small is beautiful“), Paul A. Baran (Stanford University), Edward Denison (The Brookings Institution), und Jürgen Kuczynski (Akademie der Wissenschaften, Berlin Ost). Siehe dazu John K. Galbraith, *Leben in entscheidender Zeit*, München 1981, S. 201 f.

³ Siehe Rolf Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–45*, Berlin 1955; *Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–44*, hrsg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949; *Die Deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik* (Schriftenreihe des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung, Heft 1), Berlin 1939.

VfZ 47 (1999)

© Oldenbourg 1999

benkrieg erlitten hatte, zu erfassen, sondern weit darüber hinaus auch eine Bilanz der wirtschaftlichen Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg zu ziehen.

Seitdem hat das wissenschaftliche Interesse an der deutschen Kriegswirtschaft kaum nachgelassen – und dies nicht nur, weil allein vier Mitglieder des USSBS-Teams, Nicholas Kaldor⁴, Burton H. Klein⁵, Jürgen Kuczynski⁶ und Rolf Wagenführ⁷, diese Debatte weiterführten. Von Anfang an spielten dabei drei Fragestellungen eine besondere Rolle. Unmittelbar nach Kriegsende interessierte vor allem der Vergleich der deutschen Anstrengungen mit denen der Anti-Hitler-Koalition. Im Mittelpunkt dieser Debatte stand der Versuch einer genaueren Einschätzung der deutschen Rüstungsausgaben und der Gründe für den sprunghaften Anstieg der Rüstungsproduktion seit 1942, des „deutschen Rüstungswunders“. Der zweite Themenkreis behandelte den Charakter des wirtschaftlichen Aufschwungs der dreißiger Jahre, des „deutschen Wirtschaftswunders“. Anhänger und Gegner der Keynesianischen Revolution in der Wirtschaftspolitik machten die dreißiger Jahre zu einem Testfeld für ihre Überzeugungen. Es geht dabei um die Frage, ob der wirtschaftliche Aufschwung nach 1933 eine notwendige Voraussetzung für die Mobilisierung aller Ressourcen für die deutsche Kriegswirtschaft darstellte oder lediglich ein „Abfallprodukt“ der Rüstungsanstrengungen gewesen war. Hieran schloß sich die Debatte darüber an, ob die Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches am Ende der dreißiger Jahre als eine „Kriegswirtschaft im Frieden“ oder die Kriegswirtschaft der frühen vierziger Jahre als „Friedenswirtschaft im Kriege“ charakterisiert werden kann, die den Gesetzen der „Blitzkriegstrategie“ folgte⁸.

Die Antworten der Forschung auf viele dieser Fragen fallen noch immer kontrovers aus. Sie sind auch in besonderem Maße dem Mißverständnis und der unduldsamen Kritik durch eine auf sozialpädagogische Konventionen und „political correctness“ festgelegte öffentliche Meinung ausgesetzt, wie der Rücktritt des Bundestagspräsidenten Dr. Philipp Jenninger nach seiner Rede zur 50. Wiederkehr des Tages der „Reichskristallnacht“ des Jahres 1938 zeigt⁹. Dies gilt tendenziell auch für einen weiteren Themenkreis, der im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ursachen des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ der langen fünfziger Jahre aufgekommen ist, der aber bei weitem noch nicht das Interesse gefunden hat, das er verdient: Die Frage nach dem wirtschaftlichen Nachlaß des NS-Regimes, d. h. nach den langfristigen Auswirkungen der rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Anstrengungen des Dritten Reiches auf die Entwicklung nach 1945. Im folgenden sollen diese vier Fra-

⁴ The German War Economy, in: *The Review of Economic Studies* 13 (1945/46), S. 33–52.

⁵ *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge/Mass. 1959.

⁶ *Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918–1945*, Berlin (Ost) 1965.

⁷ *Die deutsche Industrie im Kriege, 1939–1945*, Berlin 1963.

⁸ Hierzu vor allem die Kontroverse zwischen Richard J. Overy, *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994, und Alan S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*, Stuttgart 1966.

⁹ Zur Dokumentation dieser Affaire siehe: *Das Parlament* 48 (25. 11. 1988), S. 8f.

gen erneut aufgeworfen werden, um den Forschungsstand mehr als ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende zu bilanzieren – auch wenn immer noch nicht in allen Fällen eine klare Antwort möglich ist.

1. Das „deutsche Wirtschaftswunder“: Nebenprodukt oder Voraussetzung der Aufrüstung?

Als die Nationalsozialisten die Macht ergriffen, lag die deutsche Wirtschaft im Koma. Sie war nicht mehr weit vom volkswirtschaftlichen „Existenzminimum“ entfernt und verharrte seit Monaten in diesem Zustand: Die Industrieproduktion war fast auf die Hälfte des Vorkrisenstandes (1928) geschrumpft; die Investitionen in der Industrie deckten nur noch zu einem Drittel den Ersatzbedarf, von arbeitsplatzschaffenden Neuanlagen ganz zu schweigen; die Zahl der Arbeitslosen überschritt erneut, wie schon im vorangegangenen Winter, die Katastrophenmarke von 6 Millionen. Jede dritte Erwerbsperson war ohne Arbeit. Die Krise hatte sich schon im Frühjahr 1932 ihrem tiefstmöglichen Punkt angenähert und „stabilisierte“ sich – unter saisonalen Schwankungen – auf diesem Niveau. Das Ende der Talfahrt mochte auf die Wirkung der ersten Konjunkturprogramme zurückzuführen sein. Eine Trendwende oder gar ein Ende der Depression waren aber noch nicht in Sicht. Zum Jahreswechsel 1932/33 erreichte die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Gegenteil einen neuen Tiefstand, der für drei Monate sogar noch unter dem des Vorwinters lag. In der Analyse der Konjunkturindikatoren findet sich jedenfalls kein Beleg für die These, zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ sei die Krise im Grunde bereits überwunden gewesen, so daß der Aufschwung auch ohne die konjunkturpolitischen Maßnahmen des NS-Regimes gekommen wäre. Es spricht vielmehr vieles für die Auffassung, daß die eigentliche Aufgabe der Krisenüberwindung durchaus noch bevorstand¹⁰.

Unstreitig ist, daß dieses Ziel schneller und gründlicher erreicht wurde, als es sich die Zeitgenossen in Deutschland und im Ausland selbst in ihren optimistischen Vorstellungen ausgerechnet hatten: Bis 1937 waren wieder 6 Millionen Arbeitslose in den Produktionsprozeß eingegliedert. Es machte sich sogar ein empfindlicher Arbeitskräftemangel bemerkbar. Gleichzeitig überschritt die Industrieproduktion deutlich ihren Höchststand vor der Krise (1928/29). Das reale Sozialprodukt je Einwohner lag sogar schon wieder um mehr als ein Viertel höher und wuchs unvermindert

¹⁰ Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Die zeitliche Einordnung der Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Harald Winkel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1975, S. 172f.; Christoph Buchheim, Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit, in: Ders./Michael Hutter/Harold James (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 97–122; Richard J. Overy, The Nazi economic recovery 1932–1938, Cambridge 1996; Dan P. Silverman, Hitlers Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1936, Cambridge/Mass. 1998.

weiter¹¹. Ein lange zurückgehaltener Wachstumsstau löste sich auf¹². Brachliegende Ressourcen verbanden sich mit einer leistungsbereiten und -fähigen Arbeiterschaft. Seit den Jahren der Inflation war das Wachstum der deutschen Wirtschaft weit unter seinen Möglichkeiten geblieben. Selbst in der Prosperitätsphase 1925–29 lag die Zuwachsrate eher am unteren Rand des langfristig gewohnten Wachstums, um dann in den Depressionsjahren 1929–32 jährlich durchschnittlich um 7,2 Prozent zu schrumpfen. Dazu standen die durchschnittlich zweistelligen Wachstumsraten der Jahre 1933–1938 im scharfen Kontrast. Zur gleichen Zeit lag die Arbeitslosigkeit in den USA noch immer bei 20 Prozent, in England immerhin noch bei mehr als 10 Prozent. Hinter dieser Entwicklung schien eine unwälzende wirtschaftspolitische Leistung zu stehen, die bald von ausländischen Beobachtern mit oder ohne ironischen Bezug auf vermutete konjunkturelle Effekte der Aufrüstung als „deutsches Wirtschaftswunder“ mystifiziert wurde¹³. Deutschland bediente sich offenbar am wirkungsvollsten des neuen Instrumentariums der Konjunkturpolitik, das von Außenseitern in Wissenschaft und Politik zu Beginn der dreißiger Jahre angeboten wurde, um das Versagen der liberalen Wirtschaftspolitik auszugleichen¹⁴.

John Maynard Keynes war auf dem Gebiet der Krisenpolitik nur einer unter vielen, die zum Einsatz „kompensatorischer Finanzpolitik“ rieten¹⁵. Im Extremfall – so Keynes – könne es sogar sinnvoll sein, Arbeitslose einzusetzen, um Löcher zu graben und diese wieder zuzuschütten, wenn nur durch das so entstehende zusätzliche Einkommen die Nachfrage wiederbelebt und die Krise überwunden würde. Ganz ähnliche Methoden der Krisenüberwindung setzten die Nationalsozialisten zunächst in Deutschland ein, so daß im Ausland der Eindruck entstand, Adolf Hitler habe „die Krumme Lanke begradigen, den Schwarzwald weiß streichen und den Polnischen Korridor mit Linoleum auslegen lassen“¹⁶. Tatsächlich pumpeten die Nationalsozialisten bis Ende 1935 zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung fast 5 Mrd. RM (bis Ende 1934 rund 4 Mrd. RM) zusätzlich in den Wirtschaftskreislauf – d. h. mehr als das Dreifache des gesamten industriellen Investitionsvolumens in diesem Zeitraum¹⁷. Dahinter verbargen sich vor allem Aufwendungen für den Ausbau der öffentlichen

¹¹ Vgl. zum Volkseinkommen Angus Maddison, *Monitoring the World Economy: 1820–1992*, Paris 1995, S. 148f., 180f., 194–201; zur Industrieproduktion siehe Dietmar Petzina/Werner Abelshauser/Anselm Faust, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945*, München 1978, S. 61.

¹² Vgl. dazu Werner Abelshauser/Dietmar Petzina, *Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert*, in: Dies. (Hrsg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter*, Königstein/Ts. 1981, S. 47–93.

¹³ So etwa von Hans Priester, *Das deutsche Wirtschaftswunder*, Amsterdam 1936.

¹⁴ So dargelegt im Vorwort von John M. Keynes, *Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, München 1936 (deutsche Ausgabe von „The general theory of employment, interest and money“).

¹⁵ Vgl. Gottfried Bombach/Hans-Jürgen Ramser/Manfred Timmermann/Walter Wittmann (Hrsg.), *Der Keynesianismus*, Bd. 2, Berlin 1976.

¹⁶ Joan Robinson, *What has become of the Keynesian Revolution?* In: *Challenge* 166 (1974), S. 53.

¹⁷ Vgl. Karl Schiller, *Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland*, Berlin 1936, S. 158 ff.

Infrastruktur, wozu auch der Autobahnbau zu zählen ist, und zur Förderung des privaten Wohnungsbaus. Dazu kamen erhebliche Ausgaben für die Reichswehr, die jedoch vor Ende 1934 schon deshalb nicht das Übergewicht erlangten, weil sich die Reichswehr außerstande sah, die Anlaufzeit ihrer Rüstungsplanung wesentlich zu verkürzen. Die vom NS-Regime selbst aufgestellten staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme des 1. und 2. Reinhardt-Plans (1. Juni 1933 bzw. 21. September 1933), die als „Arbeitsschlacht der Reichsregierung“ und als „Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit“ apostrophiert wurden, dienten dagegen nicht der Rüstungsfinanzierung. Neben den direkt wirksamen Ausgaben für den Infrastrukturausbau erwies sich die eine oder andere indirekte Maßnahme ebenfalls als äußerst wirkungsvoll.

Die Regierung Hitler schoß in den ersten Monaten ihres Bestehens einen ganzen Fächer arbeitsbeschaffungspolitischer Initiativen ab, die sich in zahlreichen Gesetzen niederschlugen: dem Kraftfahrzeugsteuergesetz¹⁸ vom 10. April, dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit¹⁹ vom 1. Juni, das so unterschiedliche Maßnahmen wie Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen von Wirtschaftsgütern und die Förderung der Eheschließung („Ehstandsdarlehen“) vorsah, dem Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen“²⁰ vom 27. Juni, dem Gesetz über Steuererleichterungen²¹ vom 15. Juli, dem zweiten Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit²² vom 21. September, das günstige Kredite für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden sowie Steuerbefreiung für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime in Aussicht stellte, und dem Gemeindeumschuldungsgesetz²³, ebenfalls vom 21. September. Ein Jahr später, am 16. Oktober 1934, folgten das Umsatzsteuergesetz²⁴, das die Umsatzsteuer im Großhandel einheitlich auf 0,5 Prozent absenkte, und das neue Einkommensteuergesetz²⁵, das die Abschreibung „kurzlebiger Wirtschaftsgüter“ begünstigte. Zu den populärsten Maßnahmen gehörten die „Ehstandsdarlehen“. Sie wurden an Ehemillige in Form von „Bedarfsdeckungsscheinen“ für Möbel und Hausrat vergeben (Wert: max. 1000 RM), sofern die künftige Ehefrau sechs Monate vor der Ehe erwerbstätig war und nun ihren Arbeitsplatz aufgab. Der Erfolg war auf den ersten Blick verblüffend: Bereits im Jahre 1933 wurden etwa 200 000 Ehen mehr als im Vorjahr geschlossen; bis Anfang 1935 wurden 378 000 Ehstandsdarlehen in Höhe von insgesamt 206 Millionen RM ausbezahlt. Die Kredite waren unverzinslich und wurden später in eine Geburtenprämie umgewandelt („abgekündert“). Die bevölkerungspolitische Wirkung blieb dabei wesentlich geringer als die konjunkturpolitische. Es handelte sich meist um Ehen, die während der Krise aufgeschoben wurden, so daß die Heiratsziffer nur kurzfristig anstieg. Die Auswirkung der Darle-

¹⁸ RGBl. I, 1933, S. 192 f.

¹⁹ RGBl. I, 1933, S. 323–329.

²⁰ RGBl. II, 1933, S. 509 f.

²¹ RGBl. I, 1933, S. 491 f.

²² RGBl. I, 1933, S. 651–653.

²³ RGBl. I, 1933, S. 647–650.

²⁴ RGBl. I, 1934, S. 942–946.

²⁵ RGBl. I, 1934, S. 1005–1018.

hen auf die Beschäftigung der Verbrauchsgüterindustrie war jedoch nichtsdestoweniger beträchtlich. Auch die im September 1933 erlassenen Gesetze zur Förderung des öffentlichen und privaten Bauens wirkten sich in Verbindung mit den zusätzlichen staatlichen Zuwendungen aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen bis hinunter auf die Ebene der Kreise und Gemeinden aus und mobilisierten durch die Bedingungen, die an ihre Vergabe geknüpft waren, zusätzliche private Investitionsmittel²⁶. Davon profitierten vor allem das Handwerk und die Bauindustrie.

Eine ähnlich stimulierende Wirkung auf den Fahrzeugbau hatte die Aufhebung der Kraftfahrzeugsteuer. Vor allem diese Maßnahme und die Ausgaben für den am 23. September 1933 mit der Strecke Frankfurt-Heidelberg begonnenen Bau der Reichsautobahnen werden immer wieder zitiert, um den latent militärischen Charakter auch der „zivilen“ Arbeitsbeschaffung zu belegen. Einer Konfrontation mit den von der Forschung erhobenen Tatsachen hält diese These indes nicht stand. In den Augen der Wehrmacht war der strategische Wert der Reichsautobahnen gering; sie gab der Eisenbahn den Vorzug und sah auch während des Krieges in besonderen Autostraßen keine Notwendigkeit. Die Trassen der neuen Autobahnen wurden deshalb ausschließlich nach ingenieurtechnischen Prinzipien geplant. Eine „strategische Mitbestimmung“ der Wehrmacht fand nicht statt²⁷. Wo das Reichskriegsministerium gegen den Verlauf besonders exponierter Straßen – wie 1935 einmal im Falle der Schwarzwald-Hochstraße – Einspruch erhob, wurde er unter Hinweis auf den landschaftlichen Reiz der Straße, den es zu erhalten gelte, im wesentlichen abgewiesen²⁸. Seit 1936 standen die aufwendigen Autobahnbauten in Konkurrenz zur Rüstungsindustrie, ein Umstand, den Hitler selbst sehr bedauerte. Auch dem Ausbau des Volkswagenwerkes hätten die militärischen Rüstungsplaner lieber „reine Rüstungsindustrien“ vorgezogen, wenngleich sie sich 1933 einer leistungsfähigen Autoindustrie zuliebe gegen die Kraftfahrzeugsteuer ausgesprochen hatten.

Viel mehr als strategische Überlegungen waren es Hitlers an amerikanischen Verhältnissen orientierte Visionen, „daß spätestens in 10 Jahren die Straßen nirgends mehr ausreichen, um den Verkehr zu bewältigen“²⁹, die ihn veranlaßten, die Pläne der „HAFRABA“-Gesellschaft zu übernehmen: Mit der Strecke Hamburg-Frankfurt-Basel beginnend, wollte sie das deutsche Autobahnnetz schon in den zwanziger Jahren aufbauen. Als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren die „Straßen des Führers“ nicht ideal. Es dauerte zu lange, bis ein konjunkturell spürbares Ausgabenvolu-

²⁶ Typisch dafür dürften die Verhältnisse im Kreis Herford gewesen sein, der nahezu ohne rüstungswirtschaftliche Bedeutung war. Vgl. Werner Abelshauser: „Zur Vorbeugung der Armuth . . .“ Der Kreis Herford im Spiegel seiner Sparkasse 1846–1996, Stuttgart 1996, S. 165–170.

²⁷ Karl-Heinz Ludwig, Strukturmerkmale nationalsozialistischer Aufrüstung bis 1935, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 52f.

²⁸ Vgl. ebenda, S. 52.

²⁹ Hitler über Volkswagen, Reichsautobahnen und die Zukunft der Motorisierung (5. 9. 1938), in: Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Major Engel, hrsg. u. kommentiert v. Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974, S. 35f.

men „verbaut“ werden konnte. Ende 1934 waren erst 350 Millionen RM genehmigt und weniger als die Hälfte davon ausgegeben. Ihr Bau wurde dennoch bis 1941 fortgeführt, weil er Hitlers persönlichen Interessen entsprach und dem Reich als technische Großleistung im In- und Ausland eine gewisse Reputation verschaffte.

Finanziert wurde das Arbeitsbeschaffungsprogramm im wesentlichen mit Hilfe der Reichsbank. Wichtiger noch als die schon vor 1933 eingeführten Praktiken der Wechselfinanzierung, die zumindest gegen den Geist des Reichsbankgesetzes verstießen, war die Neubesetzung der Reichsbankleitung. Schon am 16. März 1933 löste Hjalmar Schacht den konservativen Hans Luther als Präsident der Zentralbank ab. Damit wurde die Reichsbank von einem Mann geführt, der seit seiner Mitwirkung an der Währungsstabilisierung von 1923 in der Öffentlichkeit das Renommé eines Finanzgenies hatte, der eine Vertrauensperson Hitlers, der Großindustrie³⁰ und der Bankenwelt war und der vor allem die nötige wirtschaftspolitische Einsicht besaß, zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung – aber auch für die Rüstung – jede notwendige Summe zur Verfügung zu stellen. In der Person Schachts hatte Hitler einen für weite Kreise des In- und Auslands akzeptablen Mann gefunden, der die Reichsbank mit seinen Plänen in Übereinstimmung brachte, ohne daß ihre gesetzlich verankerte Autonomie aufgehoben werden mußte. Damit war eine früher nur schwer zu überwindende Engstelle der deutschen Wirtschaftspolitik beseitigt.

Eine andere Beschränkung der konjunkturpolitischen Handlungsfreiheit war mit dem Ende der Reparationen schon vor der Machtergreifung gefallen: Die Finanzierung aufwendiger Arbeitsbeschaffungsprogramme im Inneren stand nicht länger im Gegensatz zu dem deutschen Bestreben, gegenüber den Reparationsgläubigern als zahlungsunfähig zu gelten. Auch die Großindustrie, die bisher der Aufstellung großzügiger direkter Arbeitsbeschaffungsprogramme im Weg stand, weil sie sich von indirekten Investitionsanreizen höhere Gewinne versprach, war nun dabei, ihre Haltung zu revidieren. Inzwischen war auch im Unternehmerlager deutlich geworden, daß in der Krisenpolitik mehr auf dem Spiel stand als kurzfristige Gewinninteressen oder die Aussicht, die von ihm so gesehene sozialpolitische Überlastung des ökonomischen Systems von Weimar im Laufe der Krise wieder abzubauen: Die Existenz der Privatwirtschaft an sich war in Frage gestellt, wenn es nicht bald gelang, die Katastrophe aufzufangen. Die Großindustrie freundete sich mit konjunkturpolitischen Milliardenprogrammen um so leichter an, als die längerfristigen Aussichten durch die Ausschaltung der gewerkschaftlichen Gegenmacht und die in Aussicht genommene Aufrüstung nun doch sehr positiv erschienen.

Auch die Landwirtschaft, ein anderer Stolperstein auf dem Wege einer erfolgreichen Konjunkturpolitik, lag nicht mehr auf Gegenkurs, zumal in der Person Alfred Hugenburgs das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium zunächst vereinigt waren. Damit hatten die Nationalsozialisten wichtige Widerstände von seiten der In-

³⁰ Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte sich gleichwohl noch am Tage vor seiner Ernennung für das Verbleiben seines konservativen Vorgängers Hans Luther eingesetzt, in: *Historisches Archiv Krupp, Familienarchiv Hügel* (künftig: FAH), IV E 885, p. 36 f.

stitutionen und der Interessengruppen aufgehoben oder überwunden – Widerstände, die auch noch so zögernde Versuche früherer Regierungen, die Wirtschaftskrise mit Hilfe einer expansiven Haushaltspolitik zu bekämpfen, schon im Ansatz zunichte gemacht hatten. Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 ist nur ein äußeres Zeichen für die Fülle der diktatorischen Gewalt, die Nationalsozialisten ausüben konnten, um ihr Ziel der Arbeitsbeschaffung durchzusetzen.

Die Konjunkturpolitik nach 1933 unterschied sich aber nicht allein durch günstigere außenpolitische Bedingungen, durch die Größenordnung der eingesetzten Finanzvolumina oder durch die Rigorosität des Vorgehens bei ihrer Durchsetzung von der Politik der vorangegangenen Jahre; die Nationalsozialisten unterschieden sich von ihren Weimarer Vorgängern auch dadurch, daß sie klarere Vorstellungen von den Grundsätzen einer Politik der Krisenüberwindung hatten und diese in eine wirksame Strategie umsetzten. Gegen diese These spricht nicht, daß das NS-Regime bei seinem Start eine Reihe konjunkturpolitischer Instrumente vorfand, die es nur anzuwenden brauchte. Schließlich hatten sich die NSDAP und ihr nahestehende Publizisten schon seit Anfang 1932 jene Grundsätze und Methoden direkter, kreditfinanzierter Arbeitsbeschaffung zu eigen gemacht, die deutsche Keynesianer vor Keynes³¹ entwickelt hatten. Die Nationalsozialisten können sogar für sich in Anspruch nehmen, in ihrem „Sofortprogramm“ von 1932 solchen Gedanken zuerst Eingang in das Programm einer Massenpartei verschafft und damit ihre Verwirklichung – schon vor der Machtergreifung – gefördert zu haben.

Gewiß hatten auch die Freien Gewerkschaften des ADGB schon Ende 1931/Anfang 1932 den nach seinen Verfassern Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade genannten WTB-Plan zur Arbeitsbeschaffung vorgelegt, aber die Sozialdemokraten und vor allem ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Rudolf Hilferding unterstützten noch immer die Deflationspolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning und lehnten den gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsplan als „unmarxistisch“ und „inflationär“ ab³². Es ist für die konjunkturpolitische Debatte am Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise bezeichnend, daß die SPD den Plan gar nicht erst in den Reichstag einbrachte, während der Repräsentant des linken Flügels der NSDAP, Gregor Straßer, dort im WTB-Plan ein Programm sah, „über das man absolut reden kann, und bei dem wir jederzeit unter entsprechenden Bedingungen zur Mitarbeit bereit sind“³³. Straßers eigenes „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP“³⁴, das un-

³¹ So der Aufsatz von George Garry, Keynesianer vor Keynes, in: Bombach/Ramser/Timmermann/Wittmann, *Keynesianismus*, S. 21–34.

³² Robert A. Gates, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929–1933, in: Hans Mommsen u. a. (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 219. Eine wichtige Quelle des NS-Konjunkturprogramms war die Arbeit von Robert Friedlaender-Prechtl, *Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung*, Leipzig 1931.

³³ Reichstagsrede am 10. 5. 1932, Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2510c–2521a, S. 2519a, S. 2512.

³⁴ Kampfschrift, Heft 12 (Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP), München 1932.

ter dem Titel „Arbeit und Brot!“ als Broschüre der Reichspropagandaleitung der Partei im Wahlkampf zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 weite Verbreitung fand, enthielt bei aller propagandistischen Überspitzung bereits alle Grundsätze und Methoden, die sich später als erfolgreich erwiesen. In dem sich seit Herbst 1932 abzeichnenden Machtkampf um eine mögliche Kanzlerschaft Hitlers hätte sich die antikapitalistische Stoßrichtung des Straßerschen Programms jedoch nachteilig auswirken können, so daß es Hitler politisch klüger erschien, das „Sofortprogramm“ durch das sogenannte „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP“ zu ersetzen. Letzteres vermied zwar den Appell an die antikapitalistische Grundstimmung der Massen und die Forderung nach dem – auch gegen die Industrie durchzusetzenden – „Recht auf Arbeit“. Die konjunkturpolitisch entscheidenden Programmpunkte „direkte Arbeitsbeschaffung“ in Milliardenhöhe und „produktive Kreditschöpfung“ durch die Reichsbank fehlten aber auch im „Aufbauprogramm“ nicht. Es wäre gewiß weit übertrieben, der NSDAP eine originäre Rolle bei der Entwicklung der neuen deutschen Krisenpolitik zuzuschreiben. Andererseits kann aber auch nicht übersehen werden, daß die Parteiführer von Anfang an in engem Kontakt zum Kreis der „deutschen Keynesianer“ standen, deren Vertretern parteiamtliche Publikationsmittel zur Verfügung stellten und ihre Forderungen frühzeitig ins eigene Wirtschaftsprogramm übernahmen. Auf dem Gebiet der Krisenpolitik war die NSDAP daher nach der Machtergreifung weder auf Improvisation noch – wie auf so vielen anderen Feldern der Innenpolitik – auf politisches Plagiat oder blanken Terror angewiesen.

Hitler hatte den Wählern bereits am 1. Februar 1933 in seiner Regierungserklärung konkrete Erfolge in der Arbeitsbeschaffung versprochen³⁵: „Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.“ Tatsächlich sank die Arbeitslosigkeit nach 1933 deutlich, und schon zwei Jahre nach seiner „Machtergreifung“ hatte Hitler sein Versprechen für jedermann sichtbar eingelöst: Die Arbeitslosenziffer verringerte sich in diesem Zeitraum um mehr als die Hälfte, und im Laufe des Jahres 1936 wurde die Vollbeschäftigung – zum ersten Mal seit der Inflation der frühen zwanziger Jahre – in Deutschland erreicht. Der Erfolg wurde von der öffentlichen Meinung – durchaus zu Recht – der NS-Krisenpolitik gutgeschrieben. Keinem anderen Problem wurde in den dreißiger Jahren von der Bevölkerung eine höhere Bedeutung eingeräumt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen war damals wie heute das zentrale Kriterium erfolgreicher Politik. Gerade auf diesem Gebiet konnte nun Hitler sachliche Kompetenz und politische Wirksamkeit demonstrieren und sich positiv von seinen Vorgängern unterscheiden. Hitler selbst war dieser Zusammenhang von Anfang an bewußt. Auf der Führertagung der NSDAP im August 1933 brachte er dies in einer Rede zum Ausdruck: Aus der Lösung des Arbeitslosenproblems, mit dem seine weltanschaulichen Gegner nicht fertig geworden

³⁵ Aufruf der Reichsregierung an das Deutsche Volk, in: Die Reden Hitlers als Kanzler. Das junge Deutschland will Arbeit und Frieden, München 1934, S. 7.

seien, zöge die NSDAP – so Hitler – einen ungeheuren Gewinn an Autorität, wie sie noch kein Regime vor dem Nationalsozialismus besessen habe³⁶. Das hohe Maß an Glaubwürdigkeit und Vertrauen, das sich Hitler schon bald nach 1933 in der Krisenpolitik erwarb, erklärt das Phänomen seiner Popularität gewiß nur zum Teil, sicherte aber mehr noch als raffinierte Manipulationstechniken und terroristische Einschüchterungsmethoden die wachsende Stabilität des Regimes.

Das „Wirtschaftswunder“ der dreißiger Jahre schuf aber auch in seinem materiellen Ergebnis die Grundlagen für die Durchsetzung wichtiger Ziele des Nationalsozialismus, sei es in der Außen- und Militärpolitik, sei es in der „Gesellschaftspolitik“ des Regimes: Nicht die Demokratien des Westens, sondern die deutsche Diktatur fand zuerst eine praktische Lösung auf der Suche nach einem Weg aus der sozialen Katastrophe. Nicht ohne Bitterkeit stellt die englische Nationalökonomin Joan Robinson diesen für die weitere Entwicklung der deutschen und internationalen Politik verhängnisvollen Sachverhalt fest: „Hitler hatte bereits herausgefunden, wie man Arbeitslosigkeit kurierte, bevor Keynes mit der Erklärung fertig war, warum sie eintrat.“³⁷ Vor diesem Hintergrund muß die „Staatskonjunktur“ der Nationalsozialisten in doppelter Hinsicht als Revolution vor der Revolution gewertet werden³⁸. Das NS-„Wirtschaftswunder“ nahm die „Keynesianische Revolution“ im kapitalistischen Wirtschaftssystem experimentell vorweg und festigte das materielle und nicht zuletzt auch das psychologische Fundament der deutschen Diktatur und ihren sozialrevolutionären Anspruch. Vor allem aber legte es die Grundlage für die Mobilisierung aller Ressourcen für den kommenden Krieg.

2. Soviel Butter wie nötig, so viele Kanonen wie möglich: Aufrüstung und die Folgen

Primat der Aufrüstung

Seit 1935 übertrafen die Rüstungsausgaben das Volumen der öffentlichen Investitionen beträchtlich und lösten die zivilen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in ihrer Schrittmacherfunktion für die Staatskonjunktur ab. Hätten sich Hitlers Vorstellungen realisieren lassen, wäre dies von Anfang an so gewesen. Schon in einem vermutlich im Mai 1932 stattfindenden Gespräch mit Otto Wagener offenbarte er, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise primär ein psychologisches Problem sei: „Es gibt zwei Arten, wie man eine Not lindern, ja sie vielleicht sogar beseitigen kann: entweder indem man die Not tatsächlich beseitigt, – das aber geht nicht immer,

³⁶ Zit. nach: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933, S. 89ff.

³⁷ Joan Robinson, *The Second Crisis of Economic Theory*, in: *American Economic Review, Papers and Proceedings* 62 (May 1972), S. 8.

³⁸ Siehe dazu Werner Abelshauser/Anselm Faust, *Wirtschafts- und Sozialpolitik: eine nationalsozialistische Sozialrevolution?* Tübingen 1983, S. 13–60.

zum mindesten nicht sofort, – oder indem man *das Gefühl für die Not beseitigt! Und das geht*, wenn man es richtig anfängt!“

Für Hitlers weiteres Verständnis von Konjunkturpolitik, das er im August 1932 gegenüber Hermann Rauschning dargelegt haben soll, bedeutete dies vor allem eine Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft: „Ich kann beiläufig mit der Wiederaufrüstung ebensoviel erreichen wie mit Häuserbau oder Siedlung. Ich kann auch den Arbeitslosen mehr Geld in die Hand drücken, daß sie ihren Bedarf eindecken. Damit schaffe ich Kaufkraft und zusätzliche Umsätze.“³⁹

Keynes' intellektuell zugespitzte Vorstellung, die Krise sei auch durch die nutzlosesten Arbeitsprojekte zu überwinden, sofern diese nur durch Staatskredite finanziert würden, spiegelte sich auf perverse Art auch in Hitlers Plänen. Bereits in der Ministerbesprechung vom 8. Februar 1933 forderte er deshalb in der Reichskanzlei die instrumentelle Verknüpfung von Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung: „Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes. Dieser Gedanke müsse immer und überall im Vordergrund stehen.“⁴⁰

Allerdings stieß Hitler damit im Kabinett auch auf Widerspruch. So gab in derselben Besprechung Reichsarbeitsminister und Stahlhelm-Führer Franz Seldte zu bedenken, „daß es neben den rein wehrpolitischen Aufgaben auch andere volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten gebe, die man nicht vernachlässigen dürfe“. Im Juli war der Streit eindeutig zugunsten der „volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten“, d. h. arbeitsschaffenden Maßnahmen entschieden, weil jetzt auch Hitler seine Prioritäten in der Arbeitsbeschaffung setzte: „Jede Maßnahme ist so anzusehen: Was hat sie für eine Folge? Schafft sie mehr Arbeit oder schafft sie mehr Arbeitslose?“⁴¹

Vorerst mangelte es an militärischen Projekten, die in kürzester Frist zur Arbeitsbeschaffung hätten eingesetzt werden können. Selbst die „Rüstungsschmiede des Reiches“, die Fried. Krupp AG, konnte erst in ihrem Jahresbericht für das Geschäftsjahr Oktober 1934 bis September 1935 verkünden: „Erstmalig nach jahrelanger Unterbrechung haben wir auch wieder größere Aufträge der deutschen Wehrmacht ausgeführt und sind damit zu einer ehrenvollen Tradition unseres Hauses zurückgekehrt.“⁴² Tatsächlich ging dort die erste Anzahlung des Reichswehrministeriums für Aufträge nicht vor Januar 1935 ein⁴³. Das Rüstungsziel war damit 1933 freilich nicht

³⁹ Henry A. Turner, Jr. (Hrsg.), *Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1978, S. 331; Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler 1932–1934*, New York 1940, S. 27.

⁴⁰ Ministerbesprechung vom 8. 2. 1933, Protokoll in: *Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler*, Teil I: 1933/34, Bd. 1, hrsg. von Konrad Repgen und Hans Booms, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983, S. 50f.

⁴¹ Reichsstattthalterkonferenz vom 6. 7. 1933, Protokoll in: *Ebenda*, S. 632.

⁴² Bericht des Direktoriums, S. 5, in: FAH, 23/4E195.

⁴³ Vgl. „Erläuterungen zu den hauptsächlichsten Veränderungen in den flüssigen Mitteln des Krupp-Konzerns“, in: FAH, 23/750.

aufgegeben oder auf die lange Bank geschoben. Arbeitsbeschaffung wurde lediglich als eine wichtige Voraussetzung für seine Realisierung erkannt. Hitler war überzeugt, daß die Lösung der Arbeitslosenfrage „dem neuen System eine derartige Stellung verschafft, daß, damit ausgestattet, diese Regierung Schritt um Schritt ihre anderen Aufgaben verwirklichen kann“. Zu diesen Aufgaben gehörte, das machte Hitler gleichzeitig deutlich, bereit zu sein, als die „Erben“ eines durch den Bolschewismus ruinierten Rußland „aufzutreten“⁴⁴.

Als die Aufrüstung schließlich 1935 auf Hochtouren lief, hatten die vorangegangenen Arbeitsbeschaffungsprogramme schon Wirkung gezeigt und die deutsche Wirtschaft wieder deutlich aus dem Tief der Weltwirtschaftskrise herausgehoben. Entsprechend positiv entwickelten sich Arbeitslosenziffer und Beschäftigungsrate: Gemessen sowohl am Verhältnis der Zahl der beschäftigten Arbeiter zur Arbeitsplatzkapazität als auch am Verhältnis der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden zur Arbeitsstundenkapazität näherte sich die Auslastung allmählich wieder dem Stand vor der Krise. Dem entsprach die Entwicklung der Industrieproduktion, die ebenfalls Mitte 1935 den Stand von 1928 wieder erreichte⁴⁵. Die Zahl der Arbeitslosen – sie gehört eher zu den „späten“ Indikatoren der Konjunkturerwicklung – hatte sich von 5,6 Mio. (im Jahresdurchschnitt 1932) über 4,8 Mio. (1933) und 2,7 Mio. (1934) auf 1,7 Mio. (Mitte 1935) verringert. In Teilen der Industrie machte sich bereits wieder ein empfindlicher Facharbeitermangel bemerkbar. Kurz: Die deutsche Volkswirtschaft war dabei, sich aus der tiefen Depression zu erholen, wobei der Aufschwung von jenen Bereichen (z. B. Bauindustrie, Fahrzeugbau) ausging, die von den Konjunkturprogrammen direkt berührt wurden und sich nun allmählich auch auf die Konsumgüterindustrien ausbreitete.

Eine Fortsetzung des „deficit spending“, wie es nun verstärkt und fast ausschließlich zum Zwecke der Aufrüstung betrieben wurde, konnte diesen Prozeß nicht mehr beschleunigen. Im Gegenteil, die resultierende Überlastung der Ressourcen stand einem Übergreifen der Konjunktur auf den Massenkonsum im Wege und mußte darüber hinaus zu schweren Verwerfungen der Wirtschaftsstruktur und der Einkommensverteilung führen. Nun wurde deutlich, daß Hitler gar nicht daran dachte, seine Außen- und Militärpolitik den Postulaten der Wirtschafts- und Währungsstabilität unterzuordnen. Unkenntnis über konjunkturpolitische Zusammenhänge konnte jedenfalls nicht die Ursache dafür sein, daß jetzt zum falschen, ja wirtschaftlich schädlichen Zeitpunkt das seit 1933 langsam anlaufende Aufrüstungsprogramm beschleunigt und auf das zwei- bis dreifache des zivilen öffentlichen Investitionsvolumens ausgedehnt wurde. Selbst die Nationalsozialisten hatten 1932 durch ihren wirtschaftspolitischen Sprecher Gregor Straßer im Reichstag diese Gefahr angesprochen und für beherrschbar gehalten⁴⁶: „Eine solche produktive Kreditschöpfung ist so lan-

⁴⁴ Reichsstatthalterkonferenz vom 6. 7. 1933, in: Die Regierung Hitler, S. 633.

⁴⁵ Vgl. Ernst Wagemann (Hrsg.), Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Berlin 1935, S. 52.

⁴⁶ Reichstagsrede am 10. 5. 1932, in: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2510c–2521a, S. 2519a.

ge unbedenklich, als ein starker sauberer Staat zur rechten Zeit abzudrehen und einer unerwünschten Entwicklung vorzubeugen in der Lage ist.“ Es zeigte sich nun, daß das Regime nicht „abdrehen“, sondern erst richtig „aufdrehen“ wollte und sich von den unter theoretischem Aspekt zu erwartenden wirtschaftlich und sozial „unerwünschten Entwicklungen“ nicht in seiner Entscheidung für eine hemmungslose Aufrüstung beeinflussen ließ, sondern sie in Kauf nahm. Während die konjunkturelle Entwicklung mit ihrer Annäherung an den Zustand der Vollbeschäftigung nur mehr eine zurückhaltende Ausgabenpolitik des Staates geboten hätte, sprengte das Regime gerade jetzt den Rahmen des wirtschaftspolitisch zweckmäßigen Einsatzes von „deficit spending“. Nun wurde deutlich, daß sich der NS-Staat bisher nicht aus konjunkturpolitischen Überlegungen mit Rüstungsausgaben zurückgehalten hatte, sondern lediglich von den Anlaufproblemen und Zeitbedürfnissen der wehrwirtschaftlichen Planung daran gehindert worden war, Arbeitsbeschaffung gänzlich auf dem Wege der Aufrüstung zu betreiben.

Rüstungsausgaben und ihre Finanzierung

Die Höhe der deutschen Rüstungsausgaben bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ist heftig umstritten⁴⁷. Es gibt viele Ursachen dafür, daß die offiziellen Angaben, aber auch die zahlreichen Schätzungen weit auseinanderfallen. Fraglich ist, welche Ausgaben überhaupt als Rüstungsausgaben zu klassifizieren sind. Rüstungsausgaben umfassen neben der Summe aller Warenkäufe für die Wehrmacht auch die Betriebsausgaben zur Erhaltung von Baulichkeiten und Waffensystemen sowie Ausgaben zur Förderung rüstungsbezogener Forschung und Entwicklung. Schätzungen über die Höhe der Rüstungsausgaben, die dieser symbiotischen Verflechtung von privaten Unternehmen und ihren Verbänden mit der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation gerecht werden, sind sehr schwierig anzustellen. Auch umfaßt der Militärhaushalt keineswegs sämtliche Rüstungsausgaben des Staates; sie erscheinen indirekt auch in anderen Ressorts, sofern diese rüstungsrelevante Investitionen und sonstige Ausgaben tätigen. Zu diesem definitiven Problem treten im deutschen Fall noch zwei weitere, eine präzise Quantifizierung erschwerende Eigenarten: Erstens bedingen der Instanzenpluralismus des NS-Regimes und die ihm eigene Konkurrenz der staatlichen und regimespezifischen Apparate untereinander eine weitere institutionelle Auffächerung der Rüstungsausgaben mit schwer zu überblickenden finanztechnischen Folgen. Zweitens existieren offizielle Angaben über die Höhe der Rüstungsausgaben lediglich bis 1933 – danach bestimmen Geheimhaltung und Verschleierung das Bild und machen eine gründliche Bestandsaufnahme durch die Forschung auch heute fast unmöglich.

⁴⁷ Die Angaben in der Literatur schwanken zwischen den Extremen 34,2 Mrd. RM in: *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal (IMT)*, Bd. 41, Dok. Schacht – 7, Nürnberg 1949, S. 249, und 74 Mrd. RM in: Kuczynski, *Studien*, S. 132, für die Haushaltsjahre 1933/34 bis 1938/39.

Der Anteil der Wehrmachtsausgaben an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand stieg in den folgenden Jahren ständig an (1933: 4 Prozent, 1934: 18 Prozent, 1936: 39 Prozent), bis schließlich 1938, im letzten Vorkriegsjahr, nicht weniger als die Hälfte aller Staatsausgaben in die Rüstung floß⁴⁸. Auch das Verhältnis der Rüstungsausgaben zu den öffentlichen Investitionen und zum Volkseinkommen machen diese Entwicklung deutlich⁴⁹. Die von Hitler am Vorabend des Zweiten Weltkrieges genannte Rüstungsgesamtsumme von 90 Mrd. RM erweist sich damit zwar als weit übertrieben und eher als ein Mittel der psychologischen Kriegführung⁵⁰. Doch sind auch ernsthafte Schätzungen der Rüstungsausgaben, die sich bis zur Hälfte (dies entspricht etwa dem gesamten Volkseinkommen von 1932, d. h. 45,1 Mrd. RM) dieser Phantasiezahl bewegen, eindrucksvoll genug, um das wirtschaftlich überzogene Ausmaß deutscher Aufrüstung zu illustrieren⁵¹. Die Rüstungsausgaben waren schließlich auch dafür verantwortlich, daß 1938 in Deutschland der Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen mit 35 Prozent weit an der Spitze der westlichen Industriestaaten lag⁵². 1929 hatte dieser Anteil noch bei 23 Prozent gelegen. Es bedurfte schon außergewöhnlicher Maßnahmen, um dem Staat in so kurzer Zeit einen derart hohen Anteil am Sozialprodukt zu finanzieren und ihn gegen die Ansprüche des privaten Konsums und der privaten Investitionen auch güterwirtschaftlich durchzusetzen.

Unter den Finanzierungsinstrumenten der Aufrüstung haben die sogenannten Mefo-Wechsel eine berühmte Berühmtheit erlangt. Sie waren jedoch nur eine Methode unter vielen, um den Prozeß der Aufrüstung zu finanzieren und gleichzeitig vor den kritischen Augen des In- und Auslandes zu verschleiern. In der Frühphase des Regimes, als das Volumen der Rüstung noch klein war, konnten die Käufe von Rüstungsgütern aus Haushaltsmitteln und vor allem aus dem von Reichskanzler Kurt von Schleicher initiierten Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung finanziert werden. Mit dem Ende 1934 einsetzenden sprunghaften Anstieg der Rüstungsausgaben reichten diese Möglichkeiten nicht mehr aus. Das Regime griff deshalb immer stärker auf die Finanzierung durch Finanzwechsel zurück, denen durch Zwischenschaltung einer reichsbankfähigen „Adresse“ scheinbar die Qualität „guter Handelswechsel“ verliehen wurden, und die deshalb bei der Reichsbank zum Diskont eingereicht werden konnten.

⁴⁸ Vgl. Dietmar Petzina, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977, S. 117.

⁴⁹ In Petzina/Abelshauser/Faust, *Arbeitsbuch III*, S. 149.

⁵⁰ „Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden Reichsmark für den Aufbau unserer Wehrmacht aufgewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914! Mein Vertrauen auf sie ist unerschütterlich!“ Vgl. Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945*. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. II: *Untergang*, München 1965, S. 13, 15.

⁵¹ Siehe beispielsweise die neueren Schätzungen bei Overy, *War*, S. 203.

⁵² Vgl. Suphan Andic/Jindrich Veverka, *The Growth of Government Expenditure in Germany since the Unification*, in: *Finanzarchiv N. F.* 23/164 (1964), S. 243 u. 247 f.

Für dieses Täuschungsmanöver stand eine Reihe von alten und neuen Einrichtungen zur Verfügung. Zu den bestehenden und nunmehr „umfunktionierten“ Finanzierungsinstrumenten zählt die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Aufgaben A. G. (Öffa), die schon am 1. August 1930 mit einem Grundkapital von 150 Mio. RM gegründet worden war. Sie sollte die Krise durch „Errichtung und Ausbau wertschaffender Anlagen durch Aufnahme von Anleihen und Darlehen im In- und Ausland“ bekämpfen. Hinzu traten nun die „Metallurgische Forschungsgesellschaft mbH“ (Mefo) und die „Handelsgesellschaft für Industrieerzeugnisse mbH“ (Hafi), die im Juli 1933 bzw. November 1934 als Scheinfirmen von der Reichsbank gegründet wurden und deren Gesellschafter zu je $\frac{1}{5}$ bedeutende Rüstungskonzerne (Gewerkschaft August Thyssen, Fried. Krupp A. G., Siemens-Schuckert Werke, Gutehoffnungshütte Oberhausen A. G. und Deutsche Industriewerke Spandau GmbH) waren. Sie wurden mit einem bescheidenen Grundkapital von je 1 Mio. RM ausgestattet, auf das die Gesellschafter lediglich die gesetzlich vorgeschriebenen Stammeinlagen von 50 000 RM leisteten. Weil es sich bei den Gründungsfirmen um „erste Adressen“ gemäß dem Reichsbankstatut handelte, war die Reichsbank formal in der Lage, Akzente der Mefo zu refinanzieren, die zusätzlich die dritte Unterschrift eines Giranten, der Hafi, trugen. Sie gab ihnen damit den Charakter von Zahlungsmitteln. Firmen, deren Rüstungsaufträge nicht aus dem Haushalt oder aus Anleihen der öffentlichen Hand finanziert wurden, konnten Wechsel auf die Mefo ziehen und diese dann über eine Geschäftsbank bei der Reichsbank einlösen. Da sie als Handelswechsel galten, wurden der wahre Umfang staatlicher Rüstungsaufträge und ihr kreditärer Charakter verdeckt. Die Kreditmanipulation mit Mefo-Wechseln verstieß, wenn nicht gegen den Buchstaben, so gegen den Geist der geltenden Finanzverfassung. Dies allein macht sie noch nicht zu einem verwerflichen Instrument staatlicher Finanzpolitik. Auch die zivile Arbeitsbeschaffung war – nicht zum Schaden der Menschen – unter Umgehung des geltenden Reichsbankgesetzes finanziert worden. Dies war jedoch – zumindest anfangs – ganz offen geschehen. Die Mefo-Wechsel dagegen dienten der Verschleierung der Aufrüstung. Mefo-Wechsel zirkulierten von 1934/35 bis 1937/38 und erreichten zuletzt einen Umlauf von 12 Mrd. Reichsmark. Reichsbankpräsident Schacht, der als „Erfinder“ der Mefo-Wechsel gilt, hatte ihre Ausgabe von Anfang an auf dieses Datum terminiert. Danach sollte der Versuch gemacht werden, den umlaufenden Bestand zu konsolidieren. Statt dessen wurde das Instrument der Mefo-Wechsel aber nur durch Methoden ersetzt, die im Sinne der Zielsetzung des NS-Regimes noch wirkungsvoller, weil unauffälliger und „geräuschloser“, waren. Das Reich bezahlte Aufträge bei seinen Rüstungslieferanten mit Lieferschatzanweisungen, d. h. Schuldenpapieren des Staates mit halbjähriger Laufzeit, die im Bankensystem untergebracht wurden. Auch Steuergutscheine, wie sie in der ersten Phase der Arbeitsbeschaffungspolitik ausgegeben wurden, spielten noch einmal eine Rolle.

Das Regime wurde immer hemmungsloser in der Wahl der Mittel, je deutlicher sich der kommende Krieg abzeichnete und das Verschuldungsproblem in den Hintergrund treten ließ. Dies gilt auch für den Versuch, sich auf direktem Weg bei Sparkassen, Banken, Kreditgenossenschaften, Versicherungen (einschließlich der Sozialversi-

cherung) und sonstigen „Geld- und Kapitalsammelstellen“ langfristigen Kredit zu verschaffen. Seit 1935 plazierte das Reich seine Anleihen nicht mehr beim sparenden Publikum, sondern bei eben jenen Geld- und Kapitalsammelstellen selbst. Praktisch alle Spar- und Versicherungsgelder wurden auf diesem „geräuschlosen“ Wege abgeschöpft und durch mittel- und langfristige Schatzpapiere des Staates ersetzt. Die Sparer wurden damit, ohne es zu wissen, zu mittelbaren Gläubigern des Reiches. Während des Krieges haben auch Großbritannien und die USA dieses Verfahren in großem Stil angewandt. Es ist jedoch bezeichnend, daß es in Deutschland schon seit 1935 wirksam war. Das kreditpolitische Ermächtigungsgesetz vom Juni 1939 legalisierte nur noch in der Praxis längst Vollzogenes. Es beseitigte endgültig alle institutionellen Kontrollen staatlicher Kredit- und Finanzpolitik und setzte den Schlußpunkt einer Entwicklung, welche die Aufrüstung ohne nennenswerte Steuererhöhung und ohne offenen Vertrauensverlust der Bevölkerung in den Wert der Reichsmark möglich machte.

Während der Jahre 1933 und 1934 hatte die staatliche Kreditaufnahme die Konsumchancen der Bevölkerung nicht vermindert, sondern erhöht, weil von ihr eine Initialwirkung auf die Produktion und damit auf die Entstehung von Masseneinkommen ausging. In dieser Phase und darüber hinaus bis zum Erreichen der Vollbeschäftigungsgrenze im Jahre 1936 ließ sich beides – der private und der staatliche Konsum – gleichzeitig ausweiten, zumal der 1933 verordnete und rigoros gehandhabte Lohnstopp die Expansion der privaten Nachfrage von Anfang an zügelte. 1936 änderte sich diese Lage: Vorher nicht genutzte Produktionskapazitäten und Arbeitskraftreserven waren jetzt im wesentlichen ausgelastet, so daß über die künftigen Prioritäten im Produktionsprogramm der deutschen Volkswirtschaft entschieden werden mußte. Im Prinzip war diese Entscheidung zwar schon 1933 gefallen, doch wurden nun auch direkte Eingriffe in den Wirtschaftsprozess erforderlich, um den wachsenden Staatsanteil zu Lasten des privaten Verbrauchs sicherzustellen. Diese Aufgabe übernahmen auf dem Gebiet der Außenwirtschaft der „Neue Plan“ des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht sowie in der Wirtschaftspolitik generell – unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsproduktion – der von Hermann Göring verantwortete „Vierjahresplan“. Beide Maßnahmenbündel zielten darauf ab, die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Ausland – vor allem im Hinblick auf den kommenden Krieg – zu verringern und ihre Struktur sowie ihr Lenkungssystem entsprechend zu verändern.

Der Neue Plan

Der „Neue Plan“ wurde 1934 aus der Notwendigkeit geboren, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg und die Aufrüstung außenwirtschaftlich abzusichern: Eine Entwicklung des Außenhandels, die dem schnellen Aufschwung im Inneren entsprochen hätte, war angesichts geschrumpfter und noch immer schrumpfender Welthandelsströme vollkommen unrealistisch. Auch stiegen die Einkaufspreise für importierte Rohstoffe schneller als die Verkaufspreise deutscher Exporte. Deshalb versickerten die deut-

schen Gold- und Devisenreserven von 2,5 Mrd. RM (1929) bis auf einen kärglichen Rest von 165 Mio. RM im Jahre 1934. Vor diesem Hintergrund muß der Neue Plan gesehen werden: Er bedeutete praktisch die Errichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols, das die Importströme auf „volkswirtschaftlich wichtige“, d. h. rüstungs- und ernährungswirtschaftlich notwendige Einfuhren lenkte, Exporte durch Prämien förderte und bilaterale Handelsverträge mit anderen Staaten abschloß. Für die beteiligten Vertragsstaaten versprach der Handel mit Deutschland gewiß ebenfalls Vorteile, doch glaubte das Reich in zweiseitigen Abkommen seine wirtschaftliche und politische Stärke besser ins Spiel bringen zu können. Im Sinne einer langfristig angestrebten (wehr)wirtschaftlichen Autarkie und der Schaffung eines deutschen Großwirtschaftsraumes schien die Umlagerung des deutschen Außenhandels von Westeuropa und Nordamerika nach Südosteuropa, dem Nahen Osten, Lateinamerika und Nordeuropa auch strategisch bedeutsam. Das Deutsche Reich schuf sich ein wirtschaftsstrategisches Hinterland, das im Falle einer militärischen Auseinandersetzung im Westen weniger anfällig gegen Blockademaßnahmen war als die früheren Handelsströme und das gleichzeitig bereits jetzt eine mögliche Stoßrichtung künftiger deutscher Expansion wirtschaftlich vorbereitete.

Kaum ein Instrument des Neuen Plans mußte wirklich neu geschaffen werden. Sowohl Devisenkontrollen als auch die Methode der gezielten Ausfuhrförderung durch ein System von Teilabwertungen der Reichsmark waren bereits von Reichskanzler Brüning eingeführt worden. Die Idee der Autarkie war schon während der Krise weit verbreitet, weil sich kaum ein Land vom Außenhandel noch günstige Effekte versprechen konnte. Andererseits entspricht die nach 1934 eingetretene Entwicklung aber sehr weitgehend jenen Vorstellungen von Autarkie, die schon früher das nationalsozialistische Programm einer künftigen großraumwirtschaftlichen Neuordnung bestimmten. So sehr der Neue Plan auch als eine pragmatische deutsche Antwort auf die aktuelle Problemlage der Weltwirtschaft in den dreißiger Jahren erscheint, so entsprach er doch auch zutiefst dem Geiste nationalsozialistischen Autarkiedenkens. Beides, Realität und Ideologie, findet sich gerade im „Neuen Plan“ über weite Strecken in Übereinstimmung. Diese Konstellation ist für viele wirtschafts- und außenpolitische Problemlagen der dreißiger Jahre typisch und erklärt einen guten Teil der Anerkennung und Zustimmung, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik am Ausgang der Weltwirtschaftskrise fand.

Ganz im Gegensatz zu einer erfolgsbetonten Rhetorik des Vierjahresplans und zur zeitgenössischen Kritik des Auslandes an der angeblichen deutschen Ausplünderung des Balkan-Raumes unter der Ägide von Hjalmar Schachts Neuem Plan muß der Versuch einer wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas zum Vorteil des Reiches heute als gescheitert angesehen werden. Dies gilt einmal im Kontext der Göringschen Vierjahresplanung, die schon 1937 die großen Erwartungen auf die im südosteuropäischen Raum liegenden Möglichkeiten dämpfen mußte⁵³. Es trifft aber auch

⁵³ Siehe den Briefwechsel zwischen Schacht und Göring am 5. und 22. 8. 1937, in: IMT, Bd. 36, S. 568–580 und 549–564. „Die einzige [...] vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe“ der verfab-

auf die Gesamtentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem sogenannten Reichsmarkblock (Bulgarien, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Türkei und Jugoslawien) zu. Man muß nicht soweit gehen wie Alan Milward und von einer Ausbeutung der wirtschaftlichen Schwäche des Reiches durch die Balkanstaaten ausgehen⁵⁴, doch sprechen die wirtschaftlichen Fakten eine klare Sprache. Das Reich konnte weder sein Monopson als Abnehmer agrarischer Überschüsse noch sein Monopol als Anbieter von Investitionsgütern und Waffen in einseitige wirtschaftliche Vorteile umsetzen. Tatsächlich haben sich die Terms of Trade in den dreißiger Jahren signifikant *zugunsten* des „Reichsmarkblocks“ verändert. Um mit Erdöl, Bauxit und Chromerzen beliefert zu werden, alles Güter, die durchaus weltmarktgängig waren, nahm Deutschland die agrarischen Überschüsse Südosteuropas zu Preisen ab, die zwischen 20 und 40 Prozent über dem Weltmarktniveau lagen⁵⁵. Weil das Reich mit nicht-konvertiblen Sperrmark oder Askimark⁵⁶ bezahlte, mußte es für rumänische Sojabohnen oder türkische Nüsse ein Vielfaches dessen ausgeben, was andere Käufer in konvertierbarer Währung zu zahlen hatten. Deutschland sah sich deshalb gezwungen, immer größere Gütermengen nach Südosteuropa zu exportieren, um jeweils eine Einheit seiner Importe bezahlen zu können. Im jugoslawischen Fall stiegen z. B. die Importpreise von 1935 bis 1936 um 3,8 Prozent, während die Exportpreise um 2,9 Prozent fielen. Insgesamt gesehen mußte das Reich in diesem Jahr 5 Prozent mehr an Waren exportieren, um ein um 8 Prozent geringeres Einfuhrvolumen finanzieren zu können⁵⁷. Von 1936 auf 1937 stiegen die Importpreise um 10,2 Prozent, während sich die Exportpreise nur um 3,6 Prozent erhöhten. Auch gelang es dem Reich nicht, Clearingdefizite in zweistelliger Millionenhöhe zu seinen Gunsten langfristig durchzusetzen, wie es zeitgenössische Kritiker vermuteten⁵⁸. Tatsächlich wurden deutsche Clearingdefizite von den Geberländern nur dann akzeptiert, wenn sie mit vergleichbar hohen Bardeviseneinnahmen für das jeweilige

renen Situation sucht Hitler schließlich „in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes“, der freilich nicht im Südosten, sondern in der Sowjetunion liegen sollte. Niederschrift des Obersten Hoßbach vom 10. 11. 1937 über eine Besprechung in der Reichskanzlei am 5. 11. 1937, in: IMT, Bd. 25, S. 404f.

⁵⁴ Vgl. Alan S. Milward, *The Reichsmark Bloc and the International Economy*, in: *Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 401. Ähnlich argumentieren Larry Neal, *The Economics and Finance of Bilateral Clearing Agreements: Germany, 1934–1938*, in: *Economic History Review* 32 (1979), S. 391–404, Philippe Marguerat, *Le III^e Reich et le pétrole roumain 1938–1940*, Leiden 1977, und Werner Abelsbauser, „Mitteleuropa“ und die deutsche Außenwirtschaftspolitik, in: *Buchheim/Hutter/James (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit*, S. 263–286.

⁵⁵ Vgl. Claude W. Guillebaud, *The economic recovery of Germany, London 1939*, S. 157f.

⁵⁶ ASKI = Ausländersonderkonten für Inlandszahlungen.

⁵⁷ Vgl. *Société des Nations: Revue de la situation économique mondiale 1936/37*, Genf 1937, S. 41.

⁵⁸ Vgl. Antonin Basch, *The Danube Basin and the German Economic Sphere*, London 1944, S. 174; zur Höhe der deutschen Clearingdefizite siehe auch Max Langer, *Die Finanzierung des Krieges: Quellen, Methoden und Lösungen seit dem Mittelalter bis Ende des zweiten Weltkrieges 1939 bis 1945*, Luzern 1950, S. 104f.

Land verbunden waren⁵⁹. Auch der Ausbruch des Krieges änderte nichts Wesentliches an dieser Lage. In den Kriegsjahren bezog Deutschland den Großteil seiner auswärtigen Ressourcen aus Frankreich und den anderen Ländern der späteren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – und nicht etwa aus Ost- und Südosteuropa⁶⁰.

Gewiß zog auch die deutsche Seite Vorteile aus der wirtschaftlichen Sonderbeziehung zum Reichsmarkblock. Vor dem Hintergrund des schrumpfenden Weltmarktes verdoppelte sich der Anteil der Importe aus den Ländern Mittel- und Südosteuropas in den Jahren 1932 bis 1938, der Anteil der Exporte in diese Länder nahm sogar um mehr als das Dreifache zu. Görings Vierjahresplan bezog von dort Rohstoffe nach dem Motto: „Koste es, was es wolle!“ Ohne den Neuen Plan wäre das hohe Rüstungstempo nicht zu halten gewesen. Lebensmittelimporte zu höheren als den Weltmarktpreisen waren umso leichter zu verkraften, als auch die deutschen Agrarpreise weit über dem Weltmarktniveau lagen. Mit Hilfe der Sperrmark und der Askimark gelang es darüber hinaus, die Reichsmark de facto zu floaten und dennoch den überbewerteten Goldmarkkurs zur Bedienung der deutschen Auslandsschulden einzusetzen. Doch gerade dies entsprach auch den Interessen der Blockländer, die aus ähnlichen Motiven ebenfalls nicht der Pfundabwertung im September 1931 gefolgt waren. Tatsächlich fand der Neue Plan auf dem Balkan handelspolitische Instrumente vor, die mit der eigenen Außenwirtschaftspolitik kompatibel waren. Die meisten Balkanländer hatten den freien Devisenverkehr bereits 1931 aufgehoben. Staatliche Exportlenkung und bilaterale Clearingabkommen wurden nicht erst im Verkehr mit dem Deutschen Reich eingeführt⁶¹.

Insgesamt lagen die wirtschaftlichen Vorteile also eindeutig auf seiten des Reichsmarkblocks, der die bilateralen Sonderbeziehungen zur Industrialisierung seiner zurückgebliebenen Volkswirtschaften nutzen konnte. Immerhin nahm der Industrialisierungsgrad im Donauraum langsam aber sicher zu, wobei das Hauptgewicht der Entwicklung in allen Ländern auf der Textilindustrie lag. Begünstigt wurden aber auch die chemische Industrie, die Metallindustrie und der Maschinenbau⁶². Das Argument, der bilaterale Handel mit Deutschland habe im Gegenteil den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum der Balkanstaaten eingeengt, geht an der Tatsache vorbei, daß es für die Länder des Reichsmarkblocks in den dreißiger Jahren keine realistische handelspolitische Alternative zum Bilateralismus gab.

⁵⁹ Vgl. Albrecht Ritschl, NS-Devisenbewirtschaftung und Bilateralismus in Zahlen, in: Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hrsg. v. Eckart Schremmer, Stuttgart 1993, S. 298 f.

⁶⁰ Siehe dazu die präzise Auswertung der Devisenbilanzen durch Ritschl, NS-Devisenbewirtschaftung, S. 309 f.

⁶¹ Siehe dazu Roland Schönfeld, Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise, in: VSWG 62 (1975), S. 205 ff.

⁶² Vgl. Alice Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte, Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, München 1988, S. 138 f.

Der Vierjahresplan

Die Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke allein reichte nicht aus, um die Aufrüstung im geplanten Ausmaß und Tempo zu gewährleisten. Obwohl die Löhne seit 1933 auf dem niedrigen Krisenniveau eingefroren waren, wuchs mit der Wiedereingliederung von 6 Millionen Arbeitslosen bis 1936 doch die Massenkaufkraft unaufhaltsam an. Ohne entschiedene Eingriffe auch in dem Bereich der Binnenwirtschaft drohte die Ausdehnung des staatlichen Anspruches auf das Sozialprodukt an dieser Expansion der privaten Nachfrage zu scheitern. Als 1936 Versorgungsengpässe bei rüstungswirtschaftlichen Rohstoffen und bei Nahrungsmitteln eintraten und Treibstoffknappheit die Handlungsfähigkeit der Wehrmacht in Frage stellte, sollte der Vierjahresplan die akuten Probleme bewältigen, die „Selbstbehauptung unseres Volkes“ mit wirtschaftlichen Mitteln sicherstellen und darüber hinaus „die endgültige Lösung [. . .] in einer Erweiterung des Lebensraumes – bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis“ vorbereiten⁶³. Mit dem Vierjahresplan baute das NS-Regime unter der Leitung von Hermann Göring ein „Führungsorgan der Gesamtwirtschaft“⁶⁴ auf, dem sich neben der staatlichen Wirtschaftsverwaltung auch Teile der privaten Wirtschaft unterzuordnen hatten.

Der Vierjahresplan bediente sich bestehender und neuer Instrumente, um Wirtschaftslenkung im Sinne der rüstungspolitischen Ziele des Regimes zu treiben. Dazu gehören Lohn- und Preispolitik, Arbeitskraftlenkung, Investitionslenkung durch Verbote, Auflagen und staatliche Direktinvestitionen sowie Devisenkontrolle und Verbrauchlenkung. In einer grundlegenden Denkschrift zur wirtschaftlichen Mobilisierung vom August 1936 setzte Hitler selbst – im Hinblick auf den kommenden Krieg – das Ziel, „100%ige Selbstversorgung“, wo immer dies irgend möglich erschien, herzustellen und damit innerhalb von vier Jahren die deutsche Armee einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft kriegsfähig zu machen. Dazu forderte er, durch Eigenproduktion Devisen einzusparen, damit wenigstens unabdingbare Importe bezahlt werden könnten; den Ausbau der deutschen Treibstoffindustrie innerhalb von 18 Monaten abzuschließen; die Massenfabrikation von synthetischem Kautschuk; den Ausbau der deutschen Eisenerzbasis und ähnliche Maßnahmen zur Selbstversorgung⁶⁵.

Damit wurde die deutsche Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Kosten programmiert auf das Ziel der Hochrüstung. Während die Phase der Arbeitsbeschaffung ex post als „1. Vierjahresplan“ gedeutet wurde, sollte nun im „2. Vierjahresplan“ die

⁶³ Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplans (August 1936), in: Hans-Adolf Jacobsen/Werner Jochmann (Hrsg.), *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945*, Bielefeld 1961, E, S. 2 f.

⁶⁴ Dietmar Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968, S. 114.

⁶⁵ Jacobsen/Jochmann, *Dokumente. Denkschrift Hitlers*, S. 4 f.

Aufrüstung institutionell abgesichert werden. Das Ergebnis dieser Bemühungen war keineswegs Planwirtschaft. Es entstand allenfalls staatliche „Kommandowirtschaft“, die mit Hilfe von Teilplänen, neuen Bürokratien, die untereinander und mit den bestehenden Bürokratien der Großindustrie, der Wehrmacht und der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Konkurrenz standen und von Sonderbeauftragten mit immer weiterreichenden Vollmachten unter erheblichen Reibungsverlusten das bisherige, längst nicht mehr marktwirtschaftliche Lenkungssystem der Grundstoffindustrien ablöste.

Zum ersten Mal mußte auch die Privatwirtschaft weitgehende Eingriffe in die relative Autonomie hinnehmen, die sie trotz „Gleichschaltung“ ihrer Verbände auch nach 1933 noch genossen hatte. Andererseits bestanden enge personelle und sachliche Verflechtungen einzelner Großunternehmen der Industrie mit der Vierjahresplan-Organisation, die in manchen Bereichen geradezu zu einer Privatisierung staatlicher Wirtschaftspolitik und zur Übernahme von Hoheitsaufgaben des Staates durch private Unternehmen führten. So übernahm die IG-Farbenindustrie AG nach 1938 in zentralen Bereichen des Vierjahresplans Planung und personelle Führung nahezu in die eigene Regie. Andere Unternehmen – vor allem im Konsumgütersektor – verloren allerdings im Zuge der Wirtschaftslenkung wesentliche wirtschaftliche Freiheiten. Selbst die private Verfügungsgewalt über die Investitionen wurde praktisch aufgehoben und ging auf den Vierjahresplan über. Im Konfliktfall galt, was Hitler in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan angekündigt hatte: „Das Wirtschaftsministerium hat nur die nationalwirtschaftlichen Aufgaben zu stellen, und die Privatwirtschaft hat sie zu erfüllen. Wenn aber die Privatwirtschaft glaubt, dazu nicht fähig zu sein, dann wird der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen wissen.“⁶⁶ Daß dies keine leere Drohung war, wurde deutlich, als sich die Stahlindustrie an der Ruhr 1937 weigerte, die Kapazität ihrer Hütten noch über das erreichte Maß hinaus zu erweitern⁶⁷. Mit der Gründung der A. G. für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ in Salzgitter, die bei der Zuteilung von Arbeitskräften, Rohstoffen und Anlagegütern zu Lasten der Ruhrindustrie systematisch bevorzugt wurde, demonstrierte das NS-Regime seine Entschlossenheit, auch die Interessen der Großindustrie seinen Zielen unterzuordnen. Die Gründung des Volkswagenwerkes in der Nähe von Fallersleben kann ebenfalls als eine Antwort auf die Weigerung der deutschen Automobilindustrie gesehen werden, sich Hitlers ehrgeizige Motorisierungspläne mit dem erforderlichen Elan zu eigen zu machen⁶⁸.

Diese und andere Lenkungsmaßnahmen blieben nicht ohne Folgen für die Struktur und das Produktionsprogramm der deutschen Volkswirtschaft. Durch Investiti-

⁶⁶ Ebenda, S. 4.

⁶⁷ Vgl. „Denkschrift betreffend Reichswerke“ und Protokoll der Diskussion über die Denkschrift in der Reichsgruppe Eisen schaffende Industrie am 24. 8. 1937, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), R 131/597, Bl. 95–117.

⁶⁸ Vgl. Hans Mommsen/Manfred Grieger, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 129.

onskontrollen und Rohstofflenkung gelang es zwar nicht, die volkswirtschaftliche Investitionsquote an sich zu erhöhen, doch stieg der Anteil der industriellen Anlageinvestitionen am Sozialprodukt deutlich an. Der Anteil der vom Vierjahresplan gelenkten Investitionen nahm dabei seit 1937 mehr als die Hälfte aller industriellen Investitionen ein. Gleichzeitig trat eine – rüstungswirtschaftlich erwünschte – Umschichtung von den Verbrauchs- und den Produktionsgüterindustrien ein. Paradoerweise schuf der Vierjahresplan damit nicht nur die industrielle Infrastruktur der Aufrüstung, sondern legte auch die Grundlage für den schnellen Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft nach dem Kriege. Trotz erheblicher Zerstörungen während des Krieges, insbesondere seit 1943, blieb – dank des Investitionsbooms von beispiellosem Ausmaß – 1945 auf westdeutschem Gebiet ein industrieller Kapitalstock zurück, der den Vorkriegsstand immer noch um ein Fünftel übertraf⁶⁹ und wegen seines Schwergewichts im Produktionsgütersektor den Anforderungen des Wiederaufbaus in hohem Maße entsprach⁷⁰. Im einzelnen entstand unter der Ägide des Vierjahresplans eine Reihe neuer Grundstoffindustrien, die – vor allem in den Sektoren Mineralöl, Leichtmetall und chemische Erzeugnisse – die Ausgangsstoffe der Rüstungsproduktion bereitstellten. Tatsächlich traten bis zur Kriegswende 1942/43 kaum Engpässe bei Roh- und Grundstoffen auf.

Insgesamt war die Planung der deutschen Wirtschaft aber weit weniger umfassend und das Übergewicht der Wehrwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft geringer, als es das Regime in den späten dreißiger Jahren dem Ausland vorspiegeln wollte. Gerade diese Taktik war jedoch nicht ganz erfolglos: Der Vierjahresplan vermittelte im Ausland den Eindruck einer auf Hochtouren laufenden und auf Autarkie gerichteten, kriegsbereiten Volkswirtschaft, der man – wie man dort glaubte – nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte, und ermöglichte somit dem Regime eine Außenpolitik des äußersten Risikos.

An die Landwirtschaft stellte dieser Kurs vor allem eine Forderung: Sicherung der Ernährungsbasis durch Autarkie. Die Verminderung der Abhängigkeit vom Ausland verfolgte nicht nur unmittelbar wehrpolitische Ziele. Die Landwirtschaft sollte in erfolgreichen „Erzeugungsschlachten“ auch zur Entlastung der Handelsbilanz beitragen und Devisen für Rüstungsimporte freimachen. Tatsächlich trat aber das Gegenteil ein: Eine ungünstige Entwicklung der Terms of Trade und sinkende Ernteerträge im Herbst 1934 verschlechterten die Devisenlage des Dritten Reiches dramatisch. Doch auch bei steigender Agrarproduktion gelang es nicht, die Importabhängigkeit auf dem Gebiet der Lebensmittel zu verringern. Der Konjunkturaufschwung ließ die Nachfrage nach Lebensmitteln so schnell wachsen, daß nur umfangreiche Importe den Bedarf decken konnten. 1935/36 erreichte die Devisenknappheit deshalb Ausmaße, welche die gesamte Rüstungspolitik zu gefährden schienen. Um eine Bewirtschaftung wichtiger Nahrungsmittel zu verhindern, wurde nun die Agrarpolitik fak-

⁶⁹ Vgl. Werner Abelshauser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt a. M. 1983, S. 20.

⁷⁰ Vgl. Werner Abelshauser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948*, Stuttgart 1975, S. 118.

tisch dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring, unterstellt. Mit preispolitischen Mitteln, d. h. unter anderem durch Senkung der Preise für Düngemittel und Anhebung der Erzeugerpreise für Agrarprodukte, sollten den Bauern Produktionsanreize geschaffen werden. Wo das nicht ausreichte, griff die NS-Agrarpolitik auch zum Mittel der Lenkung durch Aufhebung der freien Verfügungsgewalt des Bauern über seinen Besitz. Daneben wurden alle Anstrengungen unternommen, um den im internationalen Vergleich niedrigen Grad der Mechanisierung in der deutschen Landwirtschaft zu erhöhen. Trotz gewisser Erfolge hielt sich die Produktivitätssteigerung der deutschen Landwirtschaft allerdings in Grenzen.

Dagegen waren die Bemühungen der NS-Propaganda, den Verbrauch der Bevölkerung an Mangelgütern (z. B. Fleisch) auf reichlich vorhandene (z. B. Fisch), von importierten Nahrungsmitteln (z. B. Weizenmehl) auf Erzeugnisse der einheimischen Landwirtschaft (z. B. Kartoffeln), von höherwertigen (z. B. Fett) auf geringwertige Ernährungsgüter (z. B. Marmelade) zu lenken, nicht ganz erfolglos. Tatsächlich verdreifachte sich der Absatz von Marmelade bis 1937/38. Der Fischkonsum stieg ebenfalls beträchtlich, wohingegen der Fettverbrauch bis 1940 um 15 Prozent zurückging⁷¹. Verglichen mit den Verhältnissen im Ausland waren die deutschen Ernährungsgewohnheiten äußerst bescheiden. Die Engländer aßen mehr Fleisch, Weißbrot, Zucker und Eier, während in Deutschland vor allem Kohl, Roggenbrot, Kartoffeln und Margarine auf den Tisch kamen. Auch im Vergleich mit Weimarer Verhältnissen schnitt die Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln im NS-Staat schlecht ab. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch lag 1938 (48,6 kg) noch immer unter dem 1929 üblichen Standard (51,7 kg). Dennoch wurde dieser Zustand zwar nicht ohne Murren, aber ohne größere Proteste hingenommen, weil sich viele Zeitgenossen an die Verhältnisse während der Krise (1930: 43,5 kg) noch allzu gut erinnerten.

Die Gunst des niedrigen Ausgangsniveaus in der Krise kam den Zielen des Vierjahresplans ganz allgemein zugute. Der gewaltige Umfang brachliegender Ressourcen an Arbeitskräften und Technologie machte beides möglich: stetig, wenn auch langsam steigenden Lebensstandard *und* schnelle, wenn auch nicht planmäßige Ausrüstung. Die Orientierung an der Formel „Kanonen *und* Butter“ war neben Terror und Manipulation das solideste Fundament der Stabilität des Regimes. Auch unter diesem Aspekt wird der wirtschaftspolitische Erfolg der Arbeitsbeschaffung zu einer Grundvoraussetzung nationalsozialistischer Politik. Der Vierjahresplan hatte die Aufgabe, dieses ökonomische Potential nach dem Motto einzusetzen: „Soviel Butter wie nötig, so viele Kanonen wie möglich“. Dieser Kurs, ein Balanceakt zwischen innenpolitischer Stabilität und einer Außenpolitik der Stärke, ist im großen und ganzen gelungen, auch wenn die geplanten Produktionsziele nicht ganz erreicht wurden und die deutsche Volkswirtschaft am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nicht weniger vom Ausland abhängig war als Anfang der dreißiger Jahre. Wenn die hochgesteckten Rüstungsziele verfehlt wurden, so lag dies nicht nur an den auch für den Vierjahresplan – wie für das NS-Regime überhaupt – typischen organisatorischen Reibungsver-

⁷¹ Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 176.

lusten durch konkurrierende Planung und Befehlsgebung. Die deutsche Diktatur entwickelte eine fast ängstliche Sensibilität für die Stimmung innerhalb der Bevölkerung und stützte kurzfristig den Lebensstandard auch auf Kosten rüstungsrelevanter Rohstoffimporte. Es muß im Sinne der NS-Politik allerdings als Erfolg gelten, daß die Importabhängigkeit auf dem niedrigen Stand der Weltwirtschaftskrise gehalten werden konnte, obwohl die deutsche Wirtschaft nach 1933 in bisher nicht gekanntem Tempo expandierte. Schließlich war der Vierjahresplan im Sinne seiner Väter auch deshalb erfolgreich, weil er die außenpolitische Handlungsfreiheit des Regimes erweiterte, indem er schon zu einem frühen Zeitpunkt Kriegsbereitschaft und wehrwirtschaftliche Autarkie vortäuschte.

Bis weit in den Krieg hinein (1942) blieb das Regime auf seinem vorsichtigen Kurs, den es offenbar mit Rücksicht auf die innenpolitische Stabilität für geboten hielt. Deshalb von „Friedenswirtschaft im Kriege“ zu sprechen wäre aber ebenso irreführend wie das Etikett „Kriegswirtschaft im Frieden“, das im Hinblick auf die wirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen und die Finanzierungsmethoden für die zweite Hälfte der dreißiger Jahre verwendet worden ist. Treffender für den Zustand der deutschen Wirtschaft bis 1942 ist vielmehr der Hinweis auf beides: Im System der nationalsozialistischen Wirtschaft finden sich sowohl Elemente der Kriegs- als auch der Friedenswirtschaft. Die Entscheidung für letztere war nicht beabsichtigt, zur Stabilisierung des Systems aber unumgänglich. Eine Entscheidung für die Kriegswirtschaft wurde schon früh gefällt, aber bis 1942 nicht mit letzter Konsequenz durchgesetzt oder aber noch nicht realisiert. Dies erklärt zum einen das „Rüstungswunder“, das unter der Ägide des Rüstungsministers Albert Speer nach 1942 durch die Intensivierung der Kriegswirtschaft noch einmal möglich wurde. Dies macht aber auch deutlich, daß die konkreten Erfahrungen im Alltag der Zeitgenossen, vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, nach 1933 mehr durch die Verbesserung des Lebensstandards im weitesten Sinne als durch drückende Rüstungslasten geprägt waren.

3. Mobilisierung für den Krieg – Erbe der Nachkriegszeit

Kriegswirtschaft und Rationalisierung

Mit der quasi amtlichen Darstellung der Entwicklung der deutschen Industrie im Kriege, die Rolf Wagenführ schon 1945 im Manuskript vorlegte, wurde die Forschung über die deutsche Kriegswirtschaft entscheidend beeinflusst. Der Leiter der Industrieabteilung des Berliner Instituts für Konjunkturforschung charakterisierte die kriegswirtschaftlichen Anstrengungen der Jahre 1939 bis 1941 als „Friedenswirtschaft im Krieg“⁷². Zwar ließ auch er keinen Zweifel daran, daß das Regime den Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft nicht völlig reibungslos gestalten

⁷² Wagenführ, *Industrie*, S. 25.

konnte. Immerhin fiel die Zahl der industriell Beschäftigten von 1939 auf 1940 um 10 Prozent⁷³. Im Vergleich dieser relativ geringen kriegsbedingten Störung des Produktionsprozesses mit der Katastrophe des „Kriegsstoßes“, dem die deutsche Kriegswirtschaft nach dem August 1914 ausgesetzt war, fiel es Wagenführ jedoch leicht, der ersten Generation von Forschern zu suggerieren, daß das NS-Regime bis 1941 im großen und ganzen der Devise „business as usual“ folgte.

Wagenführ war auch der erste, der auf die Schwankungen in der Rüstungsproduktion der ersten Kriegsphase hinwies, die angeblich ganz dem Rhythmus der Blitzkriegstrategie folgte. Nach dieser Interpretation wurde die Herstellung von Waffen und Munition nach dem Sieg über Frankreich absichtlich reduziert, während die Produktion von Konsumgütern auf Friedensniveau gehalten wurde⁷⁴. Auch die Veränderungen im Gewicht der einzelnen Industriegruppen an der industriellen Nettoproduktion scheinen diese Position zu stützen⁷⁵. Der Anteil der engeren Rüstungsindustrie, der 1940 noch bei bescheidenen 16 Prozent lag, stagnierte im Jahre 1941. Die Konsumgüterindustrie lag vergleichsweise unverändert bei rund 30 Prozent. Entscheidende Veränderungen weist die Entwicklung vor allem zugunsten der Grundstoffindustrie auf, während die Bauindustrie deutlich einbricht.

Für die Annahme, daß Deutschland verspätet in die Mobilisierung eines totalen Krieges eintrat, spricht noch ein anderes Argument. In der Zeit von Anfang 1942 bis Sommer 1944 verdreifachte sich zwar die deutsche Kriegsproduktion⁷⁶, doch war sie selbst in dieser Zeit, wie Alan Milward zu Recht betont, nicht in der Lage, ihr Potential voll auszunutzen: „Weder theoretisch noch in der wirklichen Welt des Krieges hatte die deutsche Rüstungsanstrengung, als sie schließlich ermattete, ihre äußerste Grenze erreicht.“⁷⁷

Andere Indikatoren zeigen in dieselbe Richtung, widersprechen aber dem Wagenführschen Erklärungsansatz. Es ist zwar richtig, daß die Konsumgüterproduktion erst 1942 signifikant zurückging. Schon Ende 1940 lieferten die meisten Konsumgüterbranchen aber 40 bis 50 Prozent ihrer Erzeugung an das Militär und stellten entsprechend wenig dem zivilen Verbrauch zur Verfügung⁷⁸. Dies läßt sich aus der Verteilung der Arbeitskräfte auf jene Industriezweige schließen, die an der Erfüllung militärischer Aufträge arbeiteten⁷⁹. Daraus wird deutlich, daß die größte Verschiebung in Richtung Kriegswirtschaft von 1939 auf 1940 stattfand. Das Produktionsniveau der Konsumgüterindustrie kann daher nicht als Beleg für die Hypothese von der „Friedenswirtschaft im Krieg“ dienen.

⁷³ Vgl. USSBS, *Effects*, S. 202, 204, 206, 210 (Tab. 1, 3, 5, und 9 im Anhang).

⁷⁴ Vgl. Wagenführ, *Industrie*, S. 26.

⁷⁵ Vgl. Petzina, *Autarkiepolitik*, S. 187.

⁷⁶ Vgl. USSBS, *Effects*, S. 283, und Wagenführ, *Industrie*, S. 178–181.

⁷⁷ Alan S. Milward, *War, Economy and Society 1939–1945*, Berkeley/Los Angeles 1977, S. 82.

⁷⁸ Vgl. Richard Overy, *Mobilization for total war in Germany, 1939–1941*, in: *English Historical Review* 103 (1988), S. 626–629.

⁷⁹ Vgl. Overy, *War*, S. 294.

Daß der Lebensstandard 1939 und 1940 nicht länger auf Friedensniveau gehalten werden konnte, läßt sich klar anhand direkter Indikatoren nachweisen. Die statistischen Meßziffern des realen Pro-Kopf-Verbrauchs gingen schon 1939 zurück und lagen 1941 mindestens um ein Fünftel unter der Vorkriegshöhe⁸⁰. Bezieht man die Zahlen auf das Gebiet Großdeutschlands, zeichnet sich diese Entwicklung sogar noch deutlicher ab. Die rasch einsetzende Rationierung verdeckte allerdings zeitweise den Anstieg der Verbraucherpreise⁸¹ und Mangelercheinungen auf dem Gebiet der Ernährung⁸². Ab 1941 ließen sich aber weder der Anstieg der Lebenshaltungskosten für Nahrungsmittel und ganz besonders Bekleidung noch die Einschnitte im Kalorienwert der Rationen verheimlichen.

Die langsame Entwicklung der Industrieproduktion am Beginn der vierziger Jahre ist ebenfalls als ein Beleg für „Friedenswirtschaft im Krieg“ gewertet worden. Tatsächlich stagnierte die Industrieproduktion zwischen 1939 und 1942 im großen und ganzen⁸³. Dies kann aber damit erklärt werden, daß der Ausbau der deutschen Kriegsindustrie im September 1939 zwar schon mit voller Kraft lief, dieser Prozeß aber bei weitem noch nicht abgeschlossen war. Die deutsche Industrie war noch nicht kriegsbereit. Gewaltige Projekte, wie die Programme zur Erzeugung synthetischer Treibstoffe und synthetischen Kautschuks („Buna“), der Ausbau der chemischen Werke für die Produktion von Sprengstoff, die Errichtung der „Reichswerke Hermann-Göring“ in Salzgitter und anderer Werke, die zur besseren Nutzung einheimischer Eisenerze beitragen sollten, sowie der Neubau zahlreicher Fabriken für die Massenproduktion von Waffen waren seit Mitte der dreißiger Jahre im Gange, zu Kriegsbeginn aber teilweise noch weit von der Fertigstellung entfernt. Sie zogen große Mengen der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit auf sich, ohne selbst schon zur laufenden Erzeugung von Waffen wesentlich beizutragen. Die Arbeitsproduktivität im Rüstungssektor fiel deshalb zwischen 1939 und 1941 um ein Viertel⁸⁴. Zeitweilig nahm die Produktion von Waffen viel langsamer zu als der Ausbau der Kapazitäten, die zu ihrer Produktion errichtet wurden⁸⁵. In dieselbe Richtung weist die Tatsache, daß ebenso aufwendige wie ehrgeizige zivile Projekte, wie der Bau des Reichsautobahnnetzes und des Volkswagenwerkes oder auch der ambitionöse Ausbau der Reichshauptstadt, unter den permissiven Bedingungen der Blitzkriegphase nicht eingestellt wurden.

Noch hinderlicher als diese Verzögerung der deutschen Kriegsbereitschaft war die Übertragung des polykratischen Modells der Herrschaftsausübung, das für das NS-Regime insgesamt typisch war, auch auf die Kriegswirtschaft. Bei Kriegsausbruch

⁸⁰ Vgl. ebenda, S. 278.

⁸¹ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1957, S. 470–471.

⁸² Siehe Hans-Joachim Riecke, Ernährung und Landwirtschaft im Krieg, in: Werner Picht (Hrsg.), Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Hamburg 1953, S. 337.

⁸³ Vgl. Petzina/Abelshauser/Faust, Arbeitsbuch III, S. 61.

⁸⁴ Vgl. die Berechnungen von Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. II, Berlin (Ost) 1985, S. 265 f.

⁸⁵ Vgl. Overy, War, S. 346.

kämpften mächtige Instanzen der Kriegswirtschaft um die knappen Ressourcen: Walther Funk's Wirtschaftsministerium, das Wirtschafts- und Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht unter General Georg Thomas und Hermann Göring's Vierjahresplanorganisation. Unterhalb dieser Spitzenebene verstärkten weitere 27 Reichsstellen die vorherrschende Planungsanarchie. Hinzu kam, daß das Beschaffungswesen vorrangig in den Händen der jeweiligen Teilstreitkräfte, also der Waffenämter des Heeres, der Marine und der Luftwaffe lag. Die Führungsrolle des Militärs in der Kriegswirtschaft, die sich daraus ergab, begründete den Vorrang militärischer Überlegungen über wirtschaftliche Notwendigkeiten und mündete in zahllose Konflikte zwischen den drei konkurrierenden Polen der Kriegswirtschaft.

Vor diesem Hintergrund wurde im März 1940 das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition gegründet. Obwohl es sich mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem OKW die Kompetenz für Rüstungsfragen teilen mußte, filterte es doch die miteinander konkurrierenden militärischen Ansprüche und trug so zu einer besseren Koordination der deutschen Kriegswirtschaft bei. Als Albert Speer im Februar 1942 dieses Amt antrat, wurde er gleichzeitig zum Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan ernannt, so daß endlich alle Fäden in einer Hand zusammenliefen – wenn auch vorläufig erst für die Heeresrüstung, die nur knapp die Hälfte des Gesamtvolumens der Rüstung aller drei Teilstreitkräfte der Wehrmacht ausmachte. Inzwischen hatten die Reformen, die sein Vorgänger Fritz Todt eingeleitet hatte, bereits eine neue organisatorische Struktur der Rüstungsproduktion geschaffen, die stärker von der Privatindustrie gestaltet werden konnte: das System der Ausschüsse und Ringe nahm Gestalt an. Mit der Umbenennung in „Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion“ trug Speer im September 1943 der Tatsache Rechnung, daß sein Haus zum „Produktionsministerium“ geworden war, das in den von Spitzenmanagern der Privatindustrie „selbstverwalteten“ Rüstungsausschüssen und -ringen über eine Mittelinstanz verfügte, die als wehrwirtschaftliche Lenkungsinstanzen praktisch an die Stelle der von Militärs geführten regionalen Rüstungsinspektionen und -kommandos traten. Das gleichzeitig geschaffene „Planungsamt“ sicherte dem „Produktionsminister“ mehr Einfluß auf die „Zentrale Planung“, einem Kollegialgremium aller Großauftraggeber der Industrie (OKW, Bahn, Post, Generalbevollmächtigte wichtiger Wirtschaftsbranchen und -sektoren), dessen Entscheidungen es vorbereitete. Im September 1943 war die Reorganisation der deutschen Kriegswirtschaft abgeschlossen und die gesamte Macht auf Speer's Ministerium konzentriert – mit Ausnahme der Zuständigkeit für den von Gauleiter Fritz Sauckel organisierten Arbeitseinsatz und die Rüstungsfabriken der SS.

1942 liefen also zwei Rationalisierungsstränge in der deutschen Kriegswirtschaft zusammen und lösten eine gewaltige Expansion der Rüstungsproduktion aus: Zum einen die organisatorische Rationalisierung, die aus der Bereinigung der unübersichtlichen und kontraproduktiven Kommandostruktur im militärischen Beschaffungswesen resultierte, und zum anderen die technische Rationalisierung in der Rüstungsindustrie selbst, die mit den großen Investitionsprojekten in der Mitte der dreißiger Jahre einsetzte, sich aber erst jetzt auszuwirken begann. Damit wurden die techni-

schen Voraussetzungen für Massenproduktion geschaffen, die es endlich ermöglichten, Großserien in der Waffenherstellung aufzulegen. Die organisatorische Rationalisierung führte gleichzeitig u. a. auch zu einer Konzentration der Produktion auf die Unternehmen, die am effizientesten organisiert waren und beste Produktivitätsziffern auswiesen. 1941 produzierten fast alle deutschen Rüstungsbetriebe noch im Ein-Schicht-System. Durch die Vereinfachung der Fertigungsmethoden und durch technische Veränderungen in den Waffenprogrammen wurde es nun ökonomisch sinnvoll, lange Produktionsserien aufzunehmen. Das Ministerium drängte auch auf die Einführung des Mehrschichtensystems und auf die bessere Ausnutzung bereits vorhandener Arbeitsplätze und Fabrikanlagen. 1942 waren noch 1,8 Millionen Arbeiter mit dem Bau neuer Fabriken beschäftigt, die durch eine rationalere Nutzung bereits bestehender Kapazitäten überflüssig wurden⁸⁶.

Beide Rationalisierungsstränge wirkten zusammen und steigerten die Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf dem Rüstungssektor derart, daß dort 1944 der Pro-Kopf-Ausstoß eines Arbeiters mindestens 60 Prozent über dem Niveau von 1939 lag und sich der niedrige Stand von 1941 sogar mehr als verdoppeln ließ⁸⁷. Dies hebt sich nach 1942 deutlich von der schwachen Produktivitätsentwicklung anderer Zweige der deutschen Schwerindustrie ab⁸⁸. Bezieht man alle deutschen Kriegsanstrengungen in die Rechnung ein, wird deutlich, daß Deutschland 1943 nicht weniger als 70 Prozent seines nominellen Bruttosozialproduktes für Kriegszwecke mobilisierte⁸⁹. Berücksichtigt man darüber hinaus jene zusätzlichen Ressourcen, die aus den besetzten Gebieten herausgezogen wurden, sowie andere ausländische Quellen⁹⁰ und bezieht die deutschen Kriegskosten auf alle verfügbaren Ressourcen und nicht auf das Bruttoinlandsprodukt allein, dann geht der militärische Anteil zwar etwas zurück, liegt aber immer noch bei erstaunlich hohen 60 Prozent. Diese sehr hohe Mobilisierungsquote wäre ohne die beiden Rationalisierungsschübe nicht möglich gewesen, die 1942 auf der Basis früherer Investitionen in neue Rüstungsprojekte zum Tragen kamen.

Eine wesentliche Absicht der neuen Vereinfachungs-, Standardisierungs- und Reorganisationsprogramme für den Produktionsprozeß zielte auf den rationaleren Einsatz von Arbeitskräften. Arbeitskraft im allgemeinen und qualifizierte Arbeit im besonderen erwies sich nach 1942 als der wesentliche Engpaß der Kriegsindustrie. Bis dahin beschränkte sich der Einsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern, der nötig wurde, um die durch Einberufungen zur Wehrmacht aufgerissenen Lücken zu schließen, hauptsächlich auf die Landwirtschaft, wo berufliche Qualifikation nicht so sehr maßgebend war. Erst seit 1943 überwog der Anteil von Fremd- und Zwangsarbeit in der

⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 358.

⁸⁷ Vgl. Eichholtz, *Geschichte*, S. 265 f.

⁸⁸ Vgl. ebenda und Petzina/Abelshauser/Faust, *Arbeitsbuch III*, S. 62, sowie USSBS, *Effects*, S. 228.

⁸⁹ Vgl. Klein, *Preparations*, S. 257.

⁹⁰ Vgl. Fritz Federau, *Der Zweite Weltkrieg: seine Finanzierung in Deutschland*, Tübingen 1962, S. 33.

Industrie denjenigen der Landwirtschaft. 1945 machte Fremd- und Zwangsarbeit nicht weniger als 25 Prozent der industriellen Beschäftigung und 20 Prozent aller zivilen Verwendungszwecke von Arbeitskraft aus⁹¹. Erst der Erfolg der Rationalisierungsanstrengungen machte diese Entwicklung möglich. Mit dazu beigetragen haben mag auch die Tatsache, daß dequalifizierende Rationalisierungsfolgen leichter auf Personen überwältzt werden konnten, die sich nicht offen gegen derartige Wirkungen der neuen Produktionsmethoden wehren konnten.

Fertigungsmethoden

Es gehört zu den Paradoxien der deutschen Kriegswirtschaft, daß sie weit über die Rüstungsanstrengungen der ersten Hälfte der vierziger Jahre hinaus auch Voraussetzungen für einen raschen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach 1945 geschaffen hat. Unter dem Druck der militärischen Erfordernisse und der drohenden Niederlage gelang es der deutschen Industrie, auch innovative Kräfte freizusetzen, die sich in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren unter den restriktiven Rahmenbedingungen der Weimarer Wirtschaft nicht entfalten konnten. Dies gilt insbesondere für die Einführung neuer Management- und Fertigungsmethoden. Auf diesem Gebiet war die deutsche Wirtschaft zwar traditionell hoch entwickelt, doch ist sie bis weit in die dreißiger Jahre hinein über theoretische Sandkastenspiele und technische Experimente nicht hinausgekommen. Bei Ausbruch des Krieges lag die deutsche Rüstungswirtschaft deshalb in Fragen der Massenfertigung, gemessen an den anglo-amerikanischen Verhältnissen, noch weit zurück. Ab Herbst 1941 gelang es dann aber, den Rationalisierungsvorsprung der Gegner deutlich zu verkürzen, um spätestens Ende 1943 ein vergleichbares technisch-organisatorisches Niveau zu erreichen⁹². Freilich stand das Fenster zur Spitzengeltung nur für kurze Zeit offen. Ab 1944 scheiterte die Aufnahme neuer Serienfertigungen oft an Facharbeitermangel und an Rohstoffknappheit. Ein Beispiel dafür ist der mühsame und letzten Endes fehlgeschlagene Aufbau einer neuen, „vollautomatischen“ Waffenfabrik der Fried. Krupp AG, des Berthawerkes bei Breslau. Auch wenn die deutsche Rüstungswirtschaft deshalb zu keinem Zeitpunkt während des Krieges den Fortschritt in den Produktionsmethoden in Überlegenheit umsetzen konnte, ändert das nichts daran, daß dieser einmal erreichte Standard der technischen Organisation nunmehr allgemein zur Verfügung stand – freilich erst nach 1945, oder besser nach Einsetzen des sich selbst tragenden Wachstumsprozesses am Ende der Koreakrise.

Ein Beispiel dafür ist die Kraftfahrzeugindustrie. In ihr manifestierte sich während der Weimarer Republik am klarsten die Diskrepanz zwischen technischem Ethos und wirtschaftlichen Zwängen. Zwar waren – wie auch in der übrigen Industrie – das or-

⁹¹ Vgl. USSBS, *Effects*, S. 202, 204, 206, 210 (Tab. 1, 3, 5 und 9 im Anhang).

⁹² Vgl. Karl-Heinz Ludwig, *Technik und Ingenieure im Dritten Reich*, Düsseldorf 1979, S. 462. Zum internationalen Vergleich siehe Mark Harrisson (Hrsg.), *The Economics of World War II. Six great powers in international comparison*, Cambridge 1998.

organisatorische und technische Know-how ebenso wie ein hoher Ausbildungsstand der Belegschaften und nicht zuletzt ein starkes Interesse an den neuen „fordistischen“ Methoden der industriellen Beziehungen und der Massenproduktion vorhanden. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen standen jedoch der Umsetzung dieser neuen Konzepte in die Praxis entgegen. Die Einführung der Fließ- und Fließbandarbeit ging deshalb nur sehr zögerlich voran, obwohl die ersten Schritte schon 1923 gemacht worden waren. Erst das „deutsche Wirtschaftswunder“ der dreißiger Jahre und zuletzt, und mit noch mehr Durchschlagskraft, die Kriegswirtschaft der frühen vierziger Jahre, schafften den Durchbruch und sorgten dafür, daß die deutsche Industrie diese technischen Möglichkeiten nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis beherrschen lernte⁹³.

Mindestens ebenso wichtig für die partielle Effizienz der Kriegswirtschaft und den Erfolg der westdeutschen Industrie nach 1945 ist die Reform des wirtschaftlichen Lenkungs- und Planungssystems im Rahmen der industriellen Verbände. Das System der „korporativen Marktwirtschaft“ des Kaiserreichs, das der deutschen Wirtschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts ihre spezifische Dynamik verliehen hatte⁹⁴, war in der Weimarer Republik zu einer Karikatur des Verbändestaates verkommen und nahm – unter der Herrschaft des „Staatskorporatismus“ im Dritten Reich zur „Kommandowirtschaft“ pervertiert – weiteren Schaden. Ein wesentlicher Teil der Reform, die unter der Ägide des Todtschen Ministeriums für Bewaffnung und Munition 1940 begann und in der „Ära Speer“ fortgesetzt wurde, bestand nicht zuletzt darin, die staatliche Bevormundung und Gängelung der Wirtschaft zugunsten von mehr industrieller Selbstverwaltung zurückzudrängen. Das System der Ausschüsse und Ringe griff zwar ebenfalls massiv in die Autonomie der einzelnen privaten Unternehmen ein, stärkte aber gleichzeitig die korporative Ebene der Wirtschaftsverbände, ohne die Prärogative des Speerschen „Produktionsministeriums“ anzutasten. Das „System Speer“ verschaffte auch seinen „Wirtschaftsführern“ mehr unternehmerischen Handlungsspielraum und brachte unter den Bedingungen des totalen Wirtschaftskrieges einen neuen Typus des jungen, selbstverantwortlich handelnden Managers hervor („Speer Kindergarten“), der auch in der Zeit des Wiederaufbaus nach 1945 weitgehend auf seinem Posten blieb. Diese in der Ära Speer entstandene Kriegs-Ordnungspolitik hatte nicht zuletzt den Vorzug, mit dem reformliberalen Geist der „Sozialen Marktwirtschaft“ kompatibel zu sein. Letztere war – wenn auch nicht unter diesem Namen – nach 1932 zu einem alternativen Angebot deutscher Ordnungspolitik geworden und beeinflusste an den Universitäten, in den Konjunkturforschungsinstituten und den volkswirtschaftlichen Stabsabteilungen der Großbanken und der Groß-

⁹³ Vgl. Werner Abelshauser, *Two Kinds of Fordism: On the Differing Roles of the Automobile Industry in the Development of the Two German States*, in: *Fordism Transformed. The Development of Production Methods in the Automobile Industry*, hrsg. von Haruhito Shiomi und Kazuo Wada, Oxford 1995, S. 269–296.

⁹⁴ Vgl. Werner Abelshauser, *Wirtschaftliche Wechsellen, Wirtschaftsordnung und Staat: Die deutschen Erfahrungen*, in: *Staatsaufgaben*, hrsg. von Dieter Grimm, Baden Baden 1994, S. 199–232.

industrie schon während des Dritten Reiches das wirtschaftliche Denken von Unternehmern und Managern⁹⁵. Nach 1945 wirkten alle drei Elemente der Speerschen Reform des Lenkungs- und Planungssystems zusammen an der Entstehung jener spezifischen Mischung westdeutscher Ordnungspolitik mit, die das deutsche System der korporativen Marktwirtschaft in neuem Glanz erstrahlen ließ⁹⁶.

Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte

Obwohl das NS-Regime sich auf die Herstellung der wirtschaftlichen Voraussetzungen des Krieges um Lebensraum und Weltmachtstellung konzentrierte, hat es gleichzeitig auch wirtschaftliche und soziale Großprojekte verfolgt, die zumindest partiell in Konkurrenz zu den Rüstungsanstrengungen standen und ihre Früchte erst in der Nachkriegszeit trugen. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Sozialpolitik entspricht dem die Reform der industriellen Berufsausbildung, deren langfristige Auswirkungen noch höher zu veranschlagen sind. Die Reform der Berufsausbildung wurde seit den zwanziger Jahren von den Gewerkschaften, aber auch von konservativen Kräften im Umfeld der Schwerindustrie propagiert. Zu letzteren zählte vor allem das Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung (DINTA), dessen Leiter Karl Arnhold enge Verbindungen zur Schwerindustrie, aber auch zum aufkommenden Nationalsozialismus hatte. 1933 wurde DINTA folgerichtig als Amt für Betriebsführung und Berufserziehung (ABB) in die DAF integriert. Dieses setzte die Vorstellungen des DINTA Zug um Zug in die Praxis um⁹⁷. Im November 1936 wurden alle metallverarbeitenden Unternehmen und Betriebe der Bauindustrie mit 10 und mehr Beschäftigten dazu verpflichtet, eine ihrer Belegschaftsgröße entsprechende Zahl von Lehrstellen einzurichten und entsprechende Ausbildungsprogramme zu organisieren. Die Kontrolle über die industrielle Berufsausbildung war Sache der Industrie- und Handelskammern. Später gingen diese Aufgaben auf die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über. Mit dem neuen Reichsschulgesetz vom Juli 1938 setzte das Regime schließlich die lückenlose Einführung der industriellen Berufsausbildung im Reich durch. Für alle Schulabgänger war damit irgendeine Art von institutionalisierter Berufsausbildung vorgeschrieben – auch wenn es dabei gelegentlich zu Engpässen in der Lehrlingsausbildung kam. Schon seit 1936 hatte sich die Zahl der Lehrstellen vervielfacht; innerhalb weniger Monate richteten selbst kleinere Betriebe Ausbildungsplätze und Lehrwerkstätten ein. Zwischen 1937 und dem Kriegsende absolvierten nahezu alle männlichen Volksschulabgänger – aber auch eine wachsende Zahl von Mädchen – eine dreijährige Lehre.

⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 217 ff.

⁹⁶ Siehe dazu Andrew Shonfield, *Modern Capitalism. The changing balance of public and private power*, London 1965, Kapitel 11 und 12; Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte*.

⁹⁷ Vgl. Martin Fiedler, *Betriebliche Sozialpolitik in der Zwischenkriegszeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 350–375; vgl. auch die zeitgenössische Darstellung bei Claude W. Guillebaud, *The Social Policy of Nazi Germany*, New York 1971, S. 58–65 (Erstausgabe Cambridge 1941).

Obwohl intern mit den Erfordernissen der Rüstungswirtschaft begründet, kollidierte das System der beruflichen Ausbildung in der Industrie schon bald mit den rüstungswirtschaftlichen Zielen. Facharbeiter wurden in größerer Zahl, als dies fertigungstechnisch nötig gewesen wäre, ausgebildet und nicht nur in den kriegswichtigen Industriezweigen, auch wenn das Regime versuchte, die Berufswahl von den sogenannten „Modeberufen“ weg in die strategisch wichtigen Branchen zu lenken. Vor allem aber verursachte die Ausbildungsoffensive einen starken Mangel an ungelerten und angelernten Kräften, wie sie bei der Durchsetzung von Massenfertigungsprozessen in der Rüstungsindustrie in wachsender Zahl gebraucht wurden. Nachdem das Regime die Ausbildungsfrage Anfang der dreißiger Jahre zu einer wichtigen Propagandasache gemacht hatte, wurde es nun zum Gefangenen seiner eigenen „Facharbeiterideologie“. Mit Beginn des Krieges waren es paradoxerweise die metallverarbeitenden Berufe, die als „Modeerscheinungen“ charakterisiert wurden, um die Zahl der Ausbildungsverhältnisse auf ein Maß zu reduzieren, das dem Bedarf an ungelerten Kräften in diesem Bereich eher gerecht wurde. Alle Bemühungen, die Zahl der Lehrverhältnisse in den Jahren 1942 und 1943 drastisch zu senken, scheiterten jedoch. Die Zahl der Lehrlinge ging lediglich von 130 000 auf 105 000 im Jahr zurück. 1943 waren es schon wieder 149 000 Schulabgänger, die in der metallverarbeitenden Industrie eine Lehre begannen, und ihre Zahl fiel bis 1945 nur um 10 Prozent. Noch kurz vor Kriegsende bot diese Branche zwischen 450 000 und 480 000 Lehrstellen an⁹⁸.

Auch der Versuch, die Zahl der Lehrverhältnisse in den nichtkriegswirtschaftlichen Bereichen signifikant zu senken, blieb ohne durchschlagenden Erfolg. Noch 1945 planten 19 000 Jugendliche, eine Lehre als Metzger, Bäcker oder Konditor anzutreten, während sich 59 000 junge Mädchen zu Sekretärinnen ausbilden ließen. Allein im Friseurhandwerk stieg die Zahl der Auszubildenden von 4 000 in 1939 auf 5 200 in 1941. Noch 1945 wurden 3 600 Lehrlinge im Friseurhandwerk zugelassen. Geseitert ist schließlich auch das dritte Ziel nationalsozialistischer Berufslenkung, den Zugang von Schulabgängern in den Bergbau zu fördern. Hier versagte die sogenannte Berufsnachwuchslenkung völlig⁹⁹.

Industrielle Berufsausbildung und Qualifizierung waren während des Dritten Reiches zu einer Massenbewegung geworden. Zu den Berufsbildungsanstrengungen kamen Umschulungsmaßnahmen hinzu. Zu Beginn des Krieges waren in Deutschland 1,143 Millionen Lehrverhältnisse registriert. Allein ihre Aussetzung um ein Jahr hätte die industriellen Arbeitsreserven um 5 Prozent erhöht, doch war dies eine politisch nicht durchsetzbare Option. Statt dessen mußte die Lücke im Arbeitskräfteangebot auf anderem Wege geschlossen werden: durch die Rekrutierung von Frauen und

⁹⁸ Vgl. „Nachwuchsplan 1945“, in: BA, R 121/301; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 413; siehe dazu auch John Gillingham, The „Deproletarianization“ of German Society: Vocational Training in the Third Reich, in: *Journal of Social History* 19/3 (1986), S. 423–432.

⁹⁹ Siehe dazu Theo Wolsing, Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich, Ratingen 1977, S. 194 f.

Fremdarbeitern. Aus beiden Quellen wurden vor allem ungelernete und angelernte Qualifikationen geschöpft. Für einen großen Teil der männlichen Arbeitskräfte bedeutete dies über die berufliche Ausbildung hinaus eine Hochstufung ihrer tatsächlich ausgeübten Tätigkeit. Die Wirkung auf die Qualifikationsstruktur der deutschen Arbeitskräfte durch diesen „learning-by-doing“-Effekt kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Entsprechendes gilt für die Auswirkungen des industriellen Berufsausbildungsprogramms, obwohl sie in der Regel nicht mehr der Kriegswirtschaft zugute kamen. Während des Krieges überwogen die negativen Effekte und der Entzug von einfach qualifizierten Arbeitskräften durch den Abschluß von Lehrverhältnissen die ebenfalls vorhandenen positiven Effekte bei weitem. Die Nationalsozialisten beklagten deshalb die Überqualifizierung der Arbeitskraft und wollten die dreijährige Lehre schließlich zugunsten einer einjährigen Grundschulung wieder abschaffen¹⁰⁰. Für den Wiederaufbau der Jahre nach 1945 war die Reform des Berufsbildungssystems freilich eine wichtige Voraussetzung.

Kapitalstock

Einer der Gründe für die frühe technische Überlegenheit der deutschen Rüstung lag in dem gewaltigen Rückstand, den Reichswehr wie Rüstungswirtschaft gegenüber den potentiellen Gegnern in Ost und West nach 1933 aufzuholen hatten. Vor 1933 lagen die Militärausgaben in Deutschland deutlich unter den Ausgaben der Westmächte, und außer wenigen „Schatten“-Rüstungsfabriken hatte die sagenumwobene „geheime Aufrüstung“ der Weimarer Republik das embryonale Stadium der Rüstungsforschung nicht hinter sich gelassen¹⁰¹. Die Folgen dieses raschen Aufholprozesses schlugen sich sowohl in der Alterszusammensetzung als auch in der Qualität des industriellen Anlagevermögens nieder. Dies gilt für die industrielle Entwicklung ganz allgemein, doch ganz besonders für die Rüstungswirtschaft im weitesten Sinne, die nach 1935 eindeutig den Vorzug vor zivilen Investitionen genoß. Waren 1935 nur 9 Prozent des gesamten Bruttoanlagevermögens der Industrie weniger als fünf Jahre alt, so wuchs dieser Anteil bis 1945 auf 34 Prozent. Auch der Anteil der fünf- bis zehnjährigen Anlagen stieg in diesem Zeitraum leicht an, so daß 1945 beachtliche 55 Prozent des Bruttoanlagevermögens jünger als zehn Jahre waren¹⁰². Eine Analyse nach Branchen zeigt, daß die stärkste Verjüngung des Kapitalstocks in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie stattgefunden hat. Nahezu zwei Drittel des Bruttoanlagevermögens sind hier jünger als 10 Jahre. Dies ist umso auffälliger, als der Bergbau, der ebenfalls unter diese Kategorie fällt, nicht zu den Gewinnern des

¹⁰⁰ Arbeitswissenschaftliches Institut der deutschen Arbeitsfront: *Das Problem der Ungelernten*, Berlin 1942, S. 311–357.

¹⁰¹ Gerade – und nur – in diesem Punkt wurde Alfred Krupp von Bohlen und Halbach vor dem Nürnberger Tribunal freigesprochen.

¹⁰² Vgl. Rolf Krenzel, *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956*, Berlin 1958, S. 52 ff.

NS-Rüstungsbooms zählte, so daß sich die Erneuerung umso stärker in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie niederschlug. Damit korrespondierte die Relation von Brutto- zu Nettowerten des Anlagevermögens. Dieser „Gütegrad“, eine in der deutschen Industriestatistik verbreitete Kennziffer, die mit steigendem Wert eine Verbesserung des Wirkungsgrades der Maschinen und Anlagen widerspiegelt, stieg von 49,7 in 1935 auf 61,3 in 1945 und übertraf damit bei weitem den bis dahin höchsten Wert in den zwanziger Jahren¹⁰³. Noch deutlicher wird diese positive Entwicklung auch hier, wenn man die Investitionsgüter- oder die Grundstoff- und Bergbauindustrie betrachtet. In der Verbesserung des Gütegrades schlägt sich die Tatsache nieder, daß seit der Mitte der dreißiger Jahre das vorhandene Bruttoanlagevermögen um nicht weniger als 75 Prozent vermehrt worden ist¹⁰⁴. In diesen Investitionen verkörperte sich der neueste Stand der Technik, der in zahlreichen Branchen den Vergleich mit dem Weltniveau durchaus nicht scheuen mußte. Gemessen an der realen Bruttonproduktion der deutschen Industrie waren die bevorzugten Industriegruppen für diesen Investitionsboom die Bau- und Investitionsgüterindustrie sowie die Grundstoffindustrie, während die Verbrauchsgüterindustrien eindeutig zu den Verlierern zählen und abnehmende Bruttonproduktionswerte verzeichnen¹⁰⁵. Unter den bevorzugten Industriezweigen findet sich vor allem der Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau, die Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie, die feinmechanische und optische Industrie, die chemische und Kraftstoffindustrie sowie die eisenschaffende, Nicht-Metall- und Gießereiindustrie. Wenig verwunderlich ist, daß die Textilindustrie und die Bauindustrie die Schlußlichter der Entwicklung bildeten. Die Wachstumsstruktur der deutschen Kriegswirtschaft macht somit deutlich, daß gerade jene Industriezweige am meisten von der Aufrüstung profitieren, die nach 1945 auch die Grundlage für den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft bildeten.

An dieser quantitativen und qualitativen Bilanz können weder die Kriegszerstörungen noch die Demontagen der Jahre 1945–48 Entscheidendes verändern¹⁰⁶. Für das Verständnis der wirtschaftlichen Dynamik Westdeutschlands nach 1945 ist deshalb nicht zuletzt auch die Analyse der deutschen Kriegswirtschaft unverzichtbar. Westdeutschland brachte offenbar gute materielle Voraussetzungen mit, um in der Nachkriegszeit wirtschaftlich zu reüssieren. Nach dem verlorenen Krieg und dem Zusammenbruch von 1945 mochte es arm sein, aber alles andere als unterentwickelt.

¹⁰³ Vgl. ebenda, S. 79.

¹⁰⁴ Vgl. Abelschauser, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 20.

¹⁰⁵ Vgl. Bruno Gleitze, *Ostdeutsche Wirtschaft: industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland*, Berlin 1956, S. 169.

¹⁰⁶ Vgl. Abelschauser, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 20.

4. Ergebnisse

1. Wer die spezifischen Stärken und Schwächen der deutschen wirtschaftlichen Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg richtig verstehen will, muß die Schlußphase der Weimarer Republik in die Analyse einbeziehen. Die Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre entzog einen großen Teil des materiellen Kapitalstocks und des menschlichen Vermögens (human capital) der produktiven Verwendung und erleichterte somit dessen Lenkung in die Kriegsproduktion. Die Tatsache, daß Deutschland die Weltwirtschaftskrise früher überwinden konnte als alle anderen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Großmächte, war daher eine Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Mobilisierung für den Krieg. Kern dieser erfolgreichen Krisenpolitik war ein „keynesianischer“ Ansatz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der mit kreditfinanzierten, zivilen Arbeitsbeschaffungsprogrammen begann und in „militärischem Keynesianismus“ großen Stils endete, der diesen Namen bei näherer Betrachtung freilich nicht verdient.

Der extrem niedrige Stand des privaten Konsums erlaubte es dem Regime auch, der Aufrüstung Priorität einzuräumen und dennoch gleichzeitig den Lebensstandard der meisten deutschen Familien kontinuierlich zu verbessern. Die Öffentlichkeit konnte daher die gewaltigen Opfer, die die forcierte Mobilisierung den Verbrauchern abverlangte, nicht in ihrer ganzen Tragweite nachvollziehen. Dies trug dazu bei, die Verteilungskonflikte über knappe Ressourcen zwischen Aufrüstung und privatem Konsum gering zu halten und somit die Stabilität des politischen Regimes zu gewährleisten.

2. Das wirtschaftliche Erbe der Weimarer Republik war aber auch eine Last. Schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise war die Weimarer Wirtschaft nicht in der Lage, das gewaltige Produktivitätspotential, das sich seit den zwanziger Jahren angesammelt hatte, voll zu nutzen. Der Rationalisierungsrückstand blieb auch während der ersten Jahre des Dritten Reiches weiter bestehen, weil das Regime aus naheliegenden Gründen seine Wirtschafts- und Krisenpolitik zunächst über Arbeitsbeschaffung und nicht über arbeitssparende Technologien umsetzte. Als sich dann ab Mitte der dreißiger Jahre der Weg sowohl für organisatorische als auch technische Rationalisierung weit öffnete, erlebte die deutsche Kriegsindustrie unter der Ägide von Todt und Speer doch noch ihr „Rüstungswunder“. Es kam freilich zu spät, um den Ausgang des Krieges entscheidend zu beeinflussen.

3. Die deutsche Kriegsindustrie war zu einem großen Teil von ausländischen Ressourcen abhängig. Obwohl es zu den zentralen Kriegszielen des Regimes gehörte, sich im Osten Europas und vor allem in der Sowjetunion in den Besitz potentiell reicher Ressourcen zu setzen, kamen aus diesem neuerobernten „Lebensraum“ bei weitem nicht die größten und wichtigsten ausländischen Hilfsleistungen für die deutsche Kriegsmaschine. Dies gilt auch für die Länder Südosteuropas, denen sich unter dem Neuen Plan des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft Hjalmar Schacht besondere bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland eröffneten. Die wich-

tigste ausländische Grundlage der deutschen Kriegsindustrie lag vielmehr in Westeuropa. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu den unter der „neuen Ordnung“ des Dritten Reiches stehenden Länder Westeuropas und die Ressourcen, die von dort nach Deutschland flossen, waren nach der Blitzkriegperiode bei weitem wichtiger, um die deutsche Kriegsmaschinerie am Laufen zu halten.

4. Die Analyse der deutschen Kriegsindustrie ist von zentraler Bedeutung, um die wirtschaftliche Dynamik Westdeutschlands nach 1945 zu verstehen. Während der Rüstungs- und Kriegszeit entstanden wichtige materielle Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg der Nachkriegszeit. Die militärische Niederlage und der wirtschaftliche Zusammenbruch des Jahres 1945 machten die Deutschen bettelarm und von fremden Mächten abhängig, konfrontierten sie mit der Zerstörung ihrer Großstädte, mit dem Ruin der Landwirtschaft und der Knappheit von Lebensmitteln aller Art. Das Entwicklungspotential der deutschen Industriewirtschaft war aber gleichwohl beträchtlich verbessert worden, so daß auf vielen Gebieten die Grundlage für die wirtschaftliche Dynamik der Nachkriegszeit gelegt worden war.